

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40 Mark.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Stellen-Anzeigen die 3 gespaltene Kolonnen-Zeile 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Weeg. Druck von G. H. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. St. - Fernsprech-Anschluss 3002.

Leuerung.

Das Gespenst der Leuerung geht um. Fast sprunghaft schnellen die Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel in die Höhe. Namentlich das Fleisch hat einen Preis erreicht, der als noch nicht dagewesen bezeichnet werden darf.

Table with 7 columns: Jahr, Rindfleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch, Schweinefleisch, Speck, Schmalz. Rows for 1901, Juli 1912, and a 'mehr' row.

Gegen diese Zusammenstellung könnte der Einwand erhoben werden, daß sie sich nur auf Berlin, also auf einen unter den hohen Fleischpreisen besonders leidenden Ort erstreckt, oder auch der andre, daß die Zusammenstellung einen zu großen Zeitraum überspringt und deshalb keinen Vergleich des laufenden Jahres mit seinen letzten Vorläufern ermöglicht.

Table with 6 columns: Jahr, Rindfleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch, Schweinefleisch, Speck. Rows for August 1909, 1910, 1911, 1912, and an increase from 1909 to 1912.

Die Zusammenstellung zeigt, daß die Preise seit 1909 bei Rind-, Kalb- und Hammelfleisch stetig gestiegen sind. Nur Schweinefleisch und Speck standen im Vorjahre niedrig, sind aber seither geradezu enorm in die Höhe gegangen.

Table with 3 columns: 1911, 1912, 1912 mehr. Rows for Jan, Feb, März, April, Mai, Juni, Juli.

Gegen Juli 1911 ergibt sich eine Erhöhung der Haushaltskosten um 1,73 Mk. Seit Januar 1911 hat sich aber der Nahrungsmittelaufwand einer viertöpfigen Familie bereits um 2,60 Mk. pro Woche verteuert.

andres Mittel, als schlechtere oder gar weniger Nahrungsmittel zu kaufen. Wie und in welchem Ausmaß das geschieht, läßt sich natürlich mehr vermuten als feststellen.

Bekannt ist, daß bei steigenden Fleischpreisen der Verbrauch minderwertigen Fleisches answillt. So wird aus Berlin berichtet, daß dort der Konsum von Pferdefleisch infolge der Fleischteuerung ständig zugenommen hat.

Ein besonders drastisches Beispiel für die verheerenden Folgen der Fleischnot wird aus Schlesien berichtet. In dem Waldenburger Bergarbeiterdorf Juliansdorf war ein Pferd krepiert. Der Eigentümer des Kadavers gestattete einem Besenbinder, das Tier abzuhauen und es dann zu verscharren.

Die Ursachen dieser enormen Verteuerung der Lebensmittel sind mannigfacher Art. Die Fleischteuerung ist teilweise — es mag sonderbar klingen, aber es ist wahr — auf die reichliche Futterernte des laufenden Jahres zurückzuführen.

Über der Ernteausfall ist nur eine Ursache der Fleischteuerung und nicht einmal die Hauptursache. Spekulation, Zwischenhändler, Bevölkerungszuwachs und relative Verminderung der Viehzucht sind andre.

Die Fleischeinfuhr ist ebenfalls zahlreichen Beschränkungen unterworfen. Frisches Rind- und Schweinefleisch darf aus zahlreichen Ländern überhaupt nicht nach Deutschland eingeführt werden.

Die jetzt vorhandene Nahrungsmittelteuerung ist zweifellos besonders durch die Getreide- und Futtermittel- und die Höhe des Volles, zu dem noch die Zollpladereien treten, erhöht worden sind.

In Konsequenz dieser Auffassung haben auch in letzter Zeit mehrere Stadtverwaltungen den Bundesrat um Doffnung der Grenzen und Ermäßigung oder Beseitigung der Vieh-, Fleisch- und Futtermittelzölle ersucht.

Daß die Aufhebung der Zölle und die Doffnung der Grenzen Hilfe schaffen kann, lehrt ein Vergleich der Fleischpreise in Deutschland mit denen der benachbarten Länder.

Bemerkt sei, daß die deutsche Regierung auch schon „etwas getan“ hat. Sie hat die Erlaubnis erteilt, daß gepökeltes Fleisch einfinniger (also kranker) Kinder ohne die Bezeichnung „bedingt tauglich“ in den freien Verkehr übergeführt werden darf.

Die Regierung hat aber noch ein Uebriges getan. Sie hat in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ durch einen gelahrten Herren den Nachweis führen lassen, daß die Fleischnot eine Folge des vermehrten Fleischverbrauchs ist.

Die Reihe kann stimmen, obwohl solche Statistiken sehr viel Fehlerquellen haben. Aber es kommt zunächst einmal gar nicht darauf an, wieviel durchschnittlich pro Kopf der Bevölkerung herauskommt, sondern wieviel die arbeitende Bevölkerung im Durchschnitt zur Verfügung hat.

Wirkens aber ist selbst ein Konsum von 40 Kilogramm durchaus nicht reichlich. England zum Beispiel hat einen um mehr als 50 Prozent höheren Verbrauch.

Kilogramm pro Kopf ausreichend sein. Da bekanntlich der Anteil des Rindfleischs am Fleischverbrauch immer mehr zunimmt, so muß die Menge des Schweinefleischs zurückgehen, das Rindfleisch aber um circa 18 Prozent mehr Gewicht enthält, muß die Menge des gemessenen Fleisches noch wesentlich größer sein. Mit diesen Forderungen, die nur Mindestquantitäten darstellen, vergleicht man den tatsächlichen Verbrauch und ermittle dann, welche Ertragslücke dazu gehört, dem deutschen Volke den Auslandsmarkt zu sperren, um einigen Großgrundbesitzern, Spekulanten und Händlern riesige Gewinne zuzuschlagen.

Die Arbeiterschaft darf diesem Treiben nicht ruhig zusehen. Sie muß Protest erheben gegen die volksfeindliche Wirtschaftspolitik, die zur Ausbeutung der Massen führt. Sie muß überall und entschieden fordern, daß die Regierung alle Maßnahmen ergreift, die geeignet sind, den Mangel des Volkes zu mildern. Sie muß aber auch alles daran setzen, um die aufgezwungene Erhöhung der notwendigen Ausgaben durch eine Erhöhung der Einnahmen auszugleichen. Noch energischer als früher muß die Arbeiterschaft am Ausbau ihrer Organisationen arbeiten, um so die unerlässliche Vorbedingung zur Erzielung von Lohnserhebungen zu schaffen. Die Kapitalisten und die Regierungen müssen merken, daß die Arbeiterschaft nicht wehrlos und nicht willens ist, sich von räuberischen Interessenpolitikern Recht und Brot rauben zu lassen.

Der Kapitalismus und das Familienleben der arbeitenden Klassen.

II.

Es ist wohl ohne weiteres klar, daß die den arbeitenden Klassen zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zur Verfügung stehenden, sich aus der kapitalistischen Produktionsweise ergebenden Mittel gänzlich unzulänglich sind. Ja solche Mittel, wie Überstundenarbeit und Heimarbeit, sind nicht nur unzulänglich, sie sind ungeeignet und verwerflich, weil sie das Familienleben der arbeitenden Klassen untergraben, Gesundheit und Erziehung schweren Gefahren aussetzen und überhaupt die ganze soziale, körperliche und geistige Entwicklung des Volkes in einem hohen Grade beeinträchtigen. Und trotz dieser Mittel besitzt das Unternehmertum Handhaben genug, um immer wieder einen Druck auf die Lage der Arbeiter auszuüben und willige und billige Arbeitskräfte zu erhalten, selbst bei besserem Geschäftsgange. Darüber gibt auch der bereits angezogene Bericht der Gewerbeaufsichtsbeamten Aufschluß. Es heißt da u. a.:

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter im Berichtsjahre ist im allgemeinen nicht als besonders günstig zu bezeichnen. Mit der in der zweiten Hälfte des Jahres sich bessern Geschäftsverhältnisse der Industrie stellte sich auch eine Steigerung der Lebensmittelpreise ein. Das reichliche Angebot von Arbeitskräften zog auch mehrfach Lohnherabsetzungen nach sich.

Dieser kurze, trodene, amtliche Bericht läßt das ganze Elend der arbeitenden Klassen und die ganze Mißere der kapitalistischen Wirtschaftsordnung so recht deutlich erkennen. Wohl hat sie und da der günstigere Geschäftsgang vorteilhaft auf die Lohnverhältnisse gewirkt, aber die gewaltige Verteuerung des Arbeiterhaushalts macht die günstige Wirkung wieder vollständig zunichte. Das Unternehmertum hat also durch eine zielbewusste und wohlverrechnete Preispolitik eine Steigerung des Reallohns nicht einleiten lassen und damit bewirkt, daß ihm die gleichen billigen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Denn die arbeitenden Klassen können mit dem höheren Geldlohn auch nur die zur Wiederherstellung der Ware Arbeitskraft bereits vormals unbedingt notwendigen Bedürfnisse befriedigen. Dazu kommt, daß ja infolge des Überangebots an Arbeitskräften gar keine Veranlassung für das Unternehmertum besteht, mit dem günstigeren Geschäftsgange auch günstigere Lohnverhältnisse einzutreten zu lassen. Es zeigt sich eben, wie unbedingt notwendig es ist, die für das arbeitende Volk so ungünstigen Einflüsse und Wirkungen des Kapitalismus möglichst unwirksam zu machen und der sozialen Entwicklung eine treibende Kraft zu verleihen. Und das ist durch das Eingreifen der erhabenden Arbeiterbewegung in das Bereich der Möglichkeit gegeben worden.

Darum aber ist es ungemein wichtig, daß für die Stärkung der Arbeiterorganisationen alles getan wird, um ihre Macht zu vergrößern und ihre Entwicklung möglichst vorwärts zu treiben. Die organisierten Arbeiter dürfen es daher weder an Mühe und Solidarität, noch an Opfermut und Kampfesfreudigkeit fehlen lassen, um der Arbeiterbewegung zu einem bestimmenden Einfluß im Arbeitsvertrage, im öffentlichen und politischen Leben zu verhelfen. Das muß um so mehr von allen organisierten Arbeitern gefordert werden, als das Unternehmertum in einem steigenden Maße zum Vernichtungskampfe gegen die selbständigen und freien Arbeiterorganisationen rüstet und nichts unversucht läßt, diesen Vernichtungskampf erfolgreich durchzuführen. Die Unternehmer scheuen schon um deswillen keine Mittel, weil sie ihre selbständigen kapitalistischen Interessen bedroht sehen, weil sie fürchten müssen, daß die aus ihrer Bedürfnislosigkeit angerichteten Massen des arbeitenden Volkes höhere Anforderungen an das Leben und an den Verdienst stellen, daß die Arbeiter ihre Kinder von der Erwerbstätigkeit befreien und deren Erziehung in neue Bahnen lenken, und daß sie die Angriffe des Kapitalismus auf das Familienleben erfolgreich zurückzuschlagen werden. Und weil die Unternehmer das fürchten, rufen sie mit vereinter Stimme die Angriffe gegen das Familienleben der organisierten Arbeiter, indem sie die Wortführer und gewählten Vertreter der Arbeiter maßregeln und sie in andere Betriebe nicht weiterkommen lassen. Denn Hunger und Kinder Hunger leiden, um so besser für die kapitalistischen Herren- und Genußmenschen. Je zahlreicher die von dieser Gewaltmaßregel betroffenen Familien sind, um so schneller hoffen sie ihr unheimliches Ziel der vollkommenen Arbeiterunterwerfung zu erreichen. Deshalb behnen sie ihre gewalttätige Politik der Ausbeutung mehr und mehr auch auf weitere Kreise der organisierten Arbeiterschaft aus, und wieder dieser industriellen Herrenmenschen genügt die bloße Angehörigkeit „feiner“ Arbeiterinnen und Arbeiter zur Organisation, um sie zu zerschlagen zu können.

Aber noch in einer anderen Weise greift das Unternehmertum das Familienleben der Arbeiter in ganz bewusster Absicht an, um sich die benötigten willigen und billigen Arbeitskräfte zu erhalten. So hat eine Dresden Glasfabrik sehen müssen, daß höhere Lebensinteressen der Arbeiter dazu führen, Arbeitsstätten, die durch Überanstrengung, überlange Arbeitszeit und unzureichende Löhne von Arbeitern zur Gänze verlassen sind, von Arbeitskräften zu ent-

blößen. Da griff die Betriebsverwaltung mit harter Hand das Familienleben der von ihr beschäftigten Arbeiter an und sandte ihnen folgenden Brief:

„Ihre Söhne (Söhne Söhne), welcher selber als Glasmacher in unserer Fabrik gearbeitet hat, jetzt aber anderweit beschäftigt ist, hält sich noch in Ihrer, von uns gemieteten Wohnung auf. Da wir aber nicht zugeben können, daß erwachsene Personen, die nicht bei uns in Arbeit stehen, in unserer Arbeitswohnungen logieren, so fordern wir Sie hierdurch auf, Ihren Sohn innerhalb acht Tagen auszuquartieren, widrigenfalls wir uns veranlaßt sehen, Ihnen Ihre Wohnung per 31. Juli cr. zu kündigen.“

Für die Betriebsleitung sind die Söhne der von ihr beschäftigten Arbeiter nur „Personen, die nicht bei uns in Arbeit stehen“, und danach richtet sich ihre Maßnahmen ein, wie es gerade die kapitalistischen Interessen fordern. Bekannt ist ja, ein wie großer Druck mit Arbeiterwohnungen und andern sogenannten „Wohlfahrtsmaßnahmen“ ausgeübt wird, wenn die in Frage kommenden Arbeiter Lohnforderungen stellen und für ihre Forderungen in den Kampf eintreten. Dann wird auf die Familie und deren Interessen, die sich an die Heimat knüpfen, nicht die geringste Rücksicht genommen — das kapitalistische Interesse der Unternehmer will es so.

Die menschlichen Interessen der arbeitenden Klassen wollen es aber anders. Sie erwidern das Verlangen nach einem größeren Anteil am Leben, der aber nur durch einen größeren Anteil am Arbeitsvertrage gewährleistet wird. Es kann darum gar nicht ausbleiben, daß die Erkenntnis, durch größeren Anteil am Arbeitsvertrage zu höheren Lebensinteressen gelangen, unter den arbeitenden Klassen mehr und mehr an Boden gewinnt. Und zu diesen höheren Lebensinteressen gehört das Interesse an einem größeren Familienleben und an einer wirklichen Kindererziehung. Es gehört auch dazu, daß die Erwerbstätigkeit aus der Familie verbannt wird, — nicht in dem Sinne, daß die Erwerbstätigkeit der Frauen aufgehoben werden soll. Diese soll aber in hygienisch einwandfreie Arbeitsstätten verlegt, auf höchstens 8 Stunden täglich beschränkt und zudem höheren Lebensinteressen entsprechend bezahlt werden. Die Erwerbstätigkeit der Kinder muß aber verschwinden, und die Kinder erwerbstätiger Mütter müssen unter erzieherische Aufsicht gestellt werden, um sie vor Schäden zu bewahren. Das alles kann aber nur durch die vereinte Kraft erzwungen werden. Von selbst erhalten die arbeitenden Klassen nichts. Denn der Kapitalismus, der sogar vor Familie, Kindererziehung und Menschenleben nicht halt macht, gibt nichts von seinem Raube heraus, ohne dazu gezwungen zu werden.

Es ist ein harter Kampf, aber er muß gelämpft werden, um der Armut der Armen, um der Kinder, um der Menschheit willen. Darum helfe, wer nur irgend kann, daß dieser Kampf auch zum Siege geführt wird!

Genossenschaftliche Rundschau.

Die Blüthenzeit der Konsumvereine.

In einem kürzlich erschienenen Buch über Unternehmensformen behandelt Professor Dr. Neumann auch die genossenschaftlichen Unternehmungen, wobei natürlich die Konsumvereine nicht unerwähnt bleiben. Er sagt dabei:

Die Klagen der Detailhändler über die Konsumvereine klingen aber keineswegs als unbedeutend bezeichnet werden. Besonders bedauerlich haben sie eine Berechtigung, weil die Konsumvereine ihnen gerade den Absatz der gangbarsten Waren wegnehmen, an denen die Händler des Massenmarktes wegen am meisten verdienen. Die Konsumvereine beschränken sich in der Regel gerade auf den Einkauf und Verkauf derartiger Waren. Das hatte aber die Wirkung, daß die Detailhändler die Gewinnzusätze auf die ihnen verbleibenden Verkaufsgüter steigern mußten, diese so verteuert wurden. Doch kann nicht die Rede davon sein, daß die Konsumvereine und die in der gleichen Weise wirkenden Warenhäuser der Hauptgrund für die tatsächlich sehr ungünstige Lage der kleinen Kaufleute seien. Der liegt vielmehr in ihrer eigenen Konkurrenz, der sog. Ueberzeugung dieser Kreise, in dem Umfange, daß heute jedermann, und mit Hilfe des Kredits fast ohne Kapital, einen Laden eröffnen kann.

Obwohl also Prof. Neumann, wie aus dem ersten Satze hervorgeht, den Konsumvereinen recht kritisch gegenübersteht und keineswegs mittelstandsfeindlich ist, muß er doch die Haltlosigkeit der Kleinhandlertage zugeben und auch die Bedeutung der Konsumvereine anerkennen, so z. B. auch für die Bekämpfung des Vergewaltens. Eine der wichtigsten Wirkungen der Konsumvereine sei die Erzielung der Konsumenten zur Marktzugung. In dem die Angehörigen der ärmsten Volksschichten in ungünstiger Lage Kredit beim Detailhändler in Anspruch nehmen, geraten sie oft in die bedrückendsten Verhältnisse. Prof. Dr. Neumann meint dann weiter:

Darin liegt ein wichtiger Grund, weshalb der Konsumverein billiger verkaufen kann als der kleine Detailhändler, so kommt noch hinzu, daß diese meist einen viel geringeren Umsatz haben als jener. Sie müssen also, zumal bei ihrer eigenen Kapitallosigkeit, die Waren in kleinen Portionen und meist ebenfalls auf Kredit und dadurch teurer einkaufen, so daß auch nach der Einkaufspreise hin der Konsumverein im Vorteil ist und diesen Vorteil seinen Mitgliedern zugute kommen läßt. Diesen Vorteil beim Einkauf haben die meisten Konsumvereine noch zu steigern gewußt, indem sie eine größere Zahl herausgehender Konsumvereine häufig zu Einkaufsvereinigungen zusammenschlossen, die besonders Einkaufspreise abhalten. Aber darüber hinaus haben die deutschen Konsumvereine das englische Vorbild nachgeahmt und im Jahre 1894 die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine mit beschränkter Haftung in Hamburg errichtet.

Professor Dr. Neumann, der ein Spezialist für Kartellfragen ist, wirbt dann die große Bedeutung, die die Konsumvereine als Gegengewicht gegen die Kartellierung der Produzenten haben. Knappsten früher die Angehörigen desselben Gewerbezweigs gegeneinander um den Kunden, so kämpfen sie heute vereint gegen den Kunden um den Preis. Unter der Herrschaft der freien Konkurrenz war der Abnehmer, der diesen Konkurrenzlämpfen auszuweichen suchte. Er profitierte davon, daß die Produzenten um den Absatz kämpften. Er erzielte billige Preise. Heute haben sich die Anbieter, um ihr Kapitalrisiko zu vermindern, organisiert. Deshalb wird ein derartiges Vorgehen, wie Dr. Neumann meint, auch für die Abnehmer nützlich.

Hier liegt die größte Bedeutung der Genossenschaften für die Zukunft: sie stellen die Organisationsform der Abnehmer dar gegen die Vereinnahmung der Verkäufer. Die Erwerbswirtschaften haben es hier am leichtesten. Sie sind als Verkäufer schon vielfach vereint und suchen sich nun auch als Käufer gegen ihre Lieferanten zu organisieren. Am wenigsten leicht organisieren können sich wegen ihrer Zahl und ihrer verschiedenen Interessen die Hauswirtschaften, die letzten Konsumenten. Gegen sie aber richtet sich gerade die Macht aller organisierten Erwerbswirtschaften.

Eine der Prototypen in der Lage, die Produktionskosten auf die Konsumenten abzuwälzen, so ist in der Genossenschaft dem Konsumenten ein einziges Mittel die Selbsthilfe gegeben. Ausdrücklich hebt er hervor, daß hier besonders die Konsumvereine in Frage kommen. Gegenüber den mannigfachen Versuchen, gerade aus den Kreisen der Handwerker, die Konsumvereine als vorzuziehende Genossenschaftsformen abweisende, staats- und gesellschaftsfeindliche Genossenschaften darzustellen, ist diese Stellungnahme eines anerkannten Sachmanns besonders wichtig.

Die deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1910/11.

Das Kaiserl. Statistisches Amt hat soeben als Ergänzungsbuch zu dem „Verständnisbuch des Deutschen Reiches“ eine Uebersicht über die Geschäftsergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1910/11 veröffentlicht. Das zweite Halbjahresergebnis hat unsere Aktienunternehmungen eine glänzende Entwicklung und vor allem eine gewaltige Erhöhung ihres Vermögens gebracht.

Die Zahl der am 30. Juni ermittelten „aktiven“ Aktiengesellschaften (also unter Ausschluß der in Konkurs oder Liquidation befindlichen) betrug 5302 (gegen 5261 am 30. Juni 1910). Davon waren 622 Gesellschaften (654 im Vorjahre) von der Rentabilitätsberechnung ausgeschlossen, da sie entweder Nebenbetriebsgesellschaften im Sinne des § 312 des Handelsgesetzbuches waren oder scheinungsgemäß überhaupt keine Dividenden ausschütteten, oder endlich ihre Bilanzen nicht rechtzeitig oder in nicht brauchbarer Form veröffentlicht hatten. Die demnach verbleibenden 4680 (4607) Gesellschaften hatten am Ende ihres Bilanzjahres ein eingezahltes Aktienkapital von 14 227,56 (13 721,04) Millionen Mark. Die 622 Nebenbetriebsgesellschaften beliefen sich auf 3254,53 (3013,10) Millionen Mark. — 22,9 Prozent des eingezahlten Aktienkapitals. Das gesamte Unternehmenskapital betrug demnach 17 225,02 (16 463,14) Millionen Mark. Außerdem waren von dem Bericht erstattenden Gesellschaften für 3347,47 (3259,13) Millionen Mark Schuldbestreibungen im Umlauf.

Die Statistik teilt die Gesellschaften in drei Gruppen: a) 2396 (2821) Gesellschaften mit Jahresgewinn, b) 743 (707) Gesellschaften mit Jahresverlust und c) 69 (79) Gesellschaften ohne Gewinn oder Verlust. Wie ersichtlich, hat also eine Vermehrung der mit Gewinn arbeitenden Gesellschaften auf Kosten der mit Verlust arbeitenden stattgefunden. Bei den Gesellschaften zu a) belief sich der Jahresgewinn auf 1472,93 (1308,06) Millionen Mark, bei den Gesellschaften zu b) der Jahresverlust auf 79,22 (73,44) Millionen Mark, so daß sämtliche 4680 Gesellschaften zusammen einen Jahresertrag von 1393,71 Millionen Mark erzielten gegenüber einem Verlust von 1287,84 Millionen Mark im Vorjahre. Es hat demnach eine Erhöhung der von den deutschen Aktiengesellschaften erzielten Gewinne im Jahre 1910/11 um 108,07 Millionen Mark stattgefunden, ein Ergebnis, mit dem unsere Industrie wohl zufrieden sein kann. Auf das eingezahlte Aktienkapital berechnet ergibt dieser Gewinn eine Rentabilitätsziffer von 9,94, (9,67) Prozent, oder wenn man, was jedenfalls richtiger ist, auch die echten Reserven, also das ganze Betriebskapital berücksichtigt, eine solche von 7,82 (7,03) Prozent.

Vom Standpunkte des Aktionärs aus gesehen, gehalten hat das Bild natürlich etwas anders, da hier nicht die erzielten Gewinne, sondern die ausgeschütteten Dividenden in Frage kommen. Es zeigt sich aber, daß auch hier eine wesentliche Besserung der Verhältnisse stattgefunden hat. Von den 4680 Gesellschaften haben 3420 = 73,08 Prozent Dividenden verteilt. Im vorigen Jahre waren es von 4607 Gesellschaften nur 3318 = 72,04 Prozent, während 1908/09 das Prozentjahr sogar nur 71,43 betrug. Noch ein Jahr vorher, zur Zeit der vorletzten guten Konjunktur, verteilten freilich 74,8 Prozent aller Gesellschaften Dividenden. Die Dividendensumme betrug im Jahre 1910/11 1188,30 Millionen Mark gegen 1043,9 Millionen Mark im Jahre 1909/10 und 959,7 Millionen Mark im Jahre 1908/09, und 1022,6 Millionen Mark in 1907/08. Auf das dividendenberechtigende Aktienkapital sämtlicher 4680 Gesellschaften berechnet ergibt das 8,09 Prozent gegen 7,76, 7,33 und 8,07 Prozent in den Vorjahren.

Natürlich sind in den einzelnen Gewerbegruppen die Rentabilitätsziffern ebenso wie die Durchschnittsdividenden sehr verschieden. Es ergibt sich dabei folgende Stufenleiter, die allerdings in der zweiten Reihe einige Veränderungen zeigt, die auf die verschiedene Handhabung der sogenannten Dividendenpolitik zurückzuführen sind.

	Rentabilitätsziffer vom Standpunkte der Gesellschaft	des Aktionärs
Versicherungsgewerbe	15,84	33,14
Chemische Industrie	14,94	15,45
Bekleidungsindustrie	12,33	11,45
Bergbau, Hütten-, Metall- und Maschinenindustrie, verbunden	10,59	9,98
Baugewerbe	9,29	12,13
Industrie der Maschinen, Instrumente, Leder- und Gummi-Industrie	9,01	8,70
Leber- und Gummi-Industrie	8,27	10,59
Metallverarbeitung	7,98	7,64
Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	7,82	7,53
Industrie der Nahrungs- und Genussmittel	7,61	7,47
Handelsgewerbe	7,36	7,56
Graphisches Gewerbe, Zeitungsverlag	7,22	6,96
Gast- und Schenkwirtschaft	6,23	4,45
Textilindustrie	6,24	7,44
Papierindustrie	6,21	8,16
Industrie der Steine und Erden	5,67	6,38
Verkehrsgewerbe	5,39	4,98
Tierzucht und Fischerei	5,08	2,99
Land- und Forstwirtschaft	0,89	6,99
Reinigungsgewerbe	0,60	2,60
Sonstige Gesellschaften	7,53	6,39

Am günstigsten hat also das Versicherungsgewerbe abgeschlossen, und hier ist es besonders die Feuerversicherung, die letztes Jahr wieder enorme Dividenden (28 Prozent im Durchschnitt) abgeworfen hat. In der chemischen Industrie haben die Farbmaterialienfabriken mit 22,9 Prozent die höchsten Dividenden ausgeschüttet.

Eine weitere Uebersicht des Berichtes sondert die Gesellschaften nach der Höhe der von ihnen ausgeschütteten Dividenden. Demnach zahlten von den 3960 überhaupt Dividenden gebenden Gesellschaften 184 0 bis 2 Prozent, 967 über 2 bis 5 Prozent, 1526 über 5 bis 10 Prozent, 406 über 10 bis 15 Prozent, 159 über 15 bis 20 Prozent, 71 über 20 bis 25 Prozent, 80 über 25 bis 50 Prozent und 10 über 50 Prozent.

Die Arbeit gibt auch Aufschluß über die Zahl der in den einzelnen Gewerbegruppen bestehenden Gesellschaften sowie über die Höhe des investierten Aktienkapitals. Insgesamt waren am 30. Juni 1911 in Deutschland 4680 Aktiengesellschaften (inkl. der Kommanditgesellschaften auf Aktien) tätig, in denen ein Aktienkapital von 14 227,56 Millionen Mark angelegt war, b. i. 3 040 100 Akt. Durchschnitt pro Gesellschaft. An dieser Gesamtsumme sind die wichtigsten Industriezweige wie folgt beteiligt:

	Zahl der Gesellschaften	Aktienkapital überhaupt	im Durchschn. auf eine Gesellschaft
Bergbau	221	1 285 716 000	5 818 000
Bergbau, Hüttenbetrieb, Metallindustrie, verbunden	36	1 088 621 000	30 101 000
Industrie der Steine und Erden	348	448 928 000	1 290 000
Metallverarbeitung, Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate	160	278 551 000	1 741 000
Chemische Industrie	534	1 789 545 000	3 351 000
Textilindustrie	131	467 999 000	3 533 000
Industrie der Nahrungs- und Genussmittel	332	637 743 000	1 918 000
Handelsgewerbe	812	1 027 856 000	1 266 000
Gewerbe	683	4 309 748 000	6 310 000
Versicherungsgewerbe	130	153 180 000	1 194 000
Verkehrsgewerbe	479	1 543 509 000	3 222 000

Das meiste Aktienkapital — 4,3 Milliarden Mark — ist im Handelsgewerbe angelegt und auch das auf die einzelne Gesellschaft entfallende Kapital ist mit 6,3 Millionen Mark hier mit am höchsten. Es sind die 415 Banken mit einem Kapital von 3,8 Milliarden Mark, die hier das Besondere in empfindlicher Weise veranschaulichen. In zweiter Stelle steht dann die Maschinenindustrie, auf die rund 1 1/2 Milliarden Mark Kapital entfallen, wobei jedoch das Durchschnittskapital pro Gesellschaft nicht viel höher ist, als dem allgemeinen Durchschnitt entspricht. Die bedeutendsten Unternehmungen dieser Gruppe, die großen Elektrizitätswerke, verfügen über ein Durchschnittskapital von 5,1 Millionen Mark.

In dieser Stelle finden wir die Verletzten mit 1/4, Milliarben...
 Die Verletzten mit 1/4, Milliarben...
 Kapital von über 30 Millionen Mark angelegt ist.

Papier-Industrie

Aus dem Verwaltungsbericht der Papiermacher-Berufsgenossenschaft.

I.

Die Berufsgenossenschaft der Papiermacher hat ihren Verwaltungsbericht für das Jahr 1911 herausgegeben. Die alte Praxis, geistige Anstrengungen dadurch zu vermeiden, daß der alte Text beibehalten und nur das Zahlenmaterial erneuert wird, hat die Verwaltung auch in diesem Bericht gelbt. Nur der Bericht des technischen Aufsichtsamtes ist umgeändert worden, und zwar in einer Weise, die das Gegenteil einer Reform ist. Doch das ist bei den Papiermachern eigentlich selbstverständlich.

In den Zahlen über den Umfang der Berufsgenossenschaft kommt die Tatsache, daß das Jahr 1911 ein Jahr des Aufschwunges für die Papierfabrikation war, deutlich zum Ausdruck. Die Zahl der erfassten Betriebe stieg von 1238 auf 1241, die Zahl der versicherten Personen von 88 394 auf 90 135 oder um 1741. Auf einen Betrieb entfielen im Durchschnitt 73 Arbeiter gegen 71 im Jahre 1910 und 37 im Jahre 1880. Die Konzentration der Papiererzeugung schreitet also fort. Wie sich die einzelnen in der Papiermacherverberufsgenossenschaft vereinigten Gruppen der Industrie auf die einzelnen Sektionen verteilen, ist aus der nachfolgenden Tabelle zu ersehen.

Betriebsart	1911		1910		1909		1908		1907		1906		1905		1904		1903		1902		1901				
	Zahl	Arbeiter																							
Alle Betriebe	1241	90135	1238	88394	1238	88394	1238	88394	1238	88394	1238	88394	1238	88394	1238	88394	1238	88394	1238	88394	1238	88394			
Erwerbsfähige	136	7700	84	2898	88	4986	118	9895	92	2859	92	8735	160	9077	623	38974	64	9356	21	18619	339	91200	1861	80603	
Erwerbsunfähige	528	228	74	252	147	397	203	106	105	6	105	6	105	6	105	6	105	6	105	6	105	6	105	6	105
Schuldenfabriken	7	1627	5	508	6	3858	4	304	1	349	5	328	2	215	3	573	10	3603	12	9172	64	18802	63	18679	
Schuldenlose	59	1220	19	325	17	574	3	427	9	797	21	246	28	331	37	656	16	413	10	1290	306	9301	610	9848	
Pappenfabriken	45	550	22	327	10	417	25	288	23	322	17	384	22	518	43	907	24	1108	86	1295	455	3056	495	9151	
Papierfabriken	41	3918	26	3161	42	4670	30	3024	23	315	33	1788	24	2401	58	8494	39	4150	44	6128	498	5449	495	53678	
Strohstofffabriken	1	65	1	225	3	154	1	102	3	188	5	507	1	102	3	188	5	507	1	102	17	1280	18	1204	
Handbestelle	II		III		IV		V		VI		VII		VIII		IX		X		XI						

Die Zahl der gemeldeten Unfälle war im Berichtsjahr um 422 höher als im Jahre 1910. Diese Zunahme der Unfälle ist stärker als die Zunahme der Arbeiterzahl; auf je 1000 Versicherte entfielen nämlich 1910 erst 48,27, im Berichtsjahre jedoch 52,02 Unfälle. Da die Berufsgenossenschaft nur solche Unfälle entschädigt, deren Folgen nicht innerhalb dreizehn Wochen behoben sind, ist die Zahl der entschädigten Unfälle wesentlich geringer als die Zahl der gemeldeten. Im Berichtsjahre wurden insgesamt 837 Unfälle erstmalig entschädigt gegen 804 im Jahre 1910. Von 1000 der Versicherten sind das 9,29 gegen 9,10 im Jahre vorher. Also auch bei den schweren Unfällen ist nicht nur eine absolute, sondern auch eine verhältnismäßige Steigerung zu verzeichnen.

Ueber die Folgen der Unfälle teilt der Bericht mit, daß 486 Verletzte vorübergehend und 292 dauernd erwerbsunfähig wurden. 59 Personen wurden durch Unfälle getötet. Die Getöteten hinterließen 38 Witwen und 38 Kinder.

Von den 837 schwerverletzten Personen waren 773 erwachsene Arbeiter, 44 erwachsene Arbeiterinnen und 20 Kinder unter 16 Jahren. Diese Zahlen zeigen, daß noch immer nicht nur Männer und Frauen, sondern auch Kinder in nicht unerheblicher Zahl alljährlich dem Kapitalismus eine Blutzsteuer entrichten müssen.

Eine Zusammenstellung über die Arbeiten bzw. Arbeitsplätze, bei und an denen sich die schweren Unfälle ereigneten, zeigt, daß die Arbeitsmaschinen die hauptsächlichste Gefahrenquelle darstellen. An Papier- und Pappenmaschinen einschließlich der Trockenschlinder ereigneten sich 156, an anderen Arbeitsmaschinen 164 Unfälle. Die nächsthöchste Zahl (141) fällt auf das Auf- und Abladen von Sand, Gestein, Erzen usw.; dann folgt Fall von Leitern und Treppen, aus Luten und in Vertiefungen mit 90 Unfällen.

Im Bericht werden dann einige bemerkenswerte Unfälle angeführt. Von der Auffassung ausgehend, daß es für unsre in Papierfabriken beschäftigten Mitglieder von Interesse ist, zu erfahren, bei welchen Arbeiten und Betriebseinrichtungen sie besonders gefährdet sind, geben wir die Schilderungen hier wieder.

Jubor wollen wir jedoch eine Aeußerung des Berichts über das Verhalten und Verschulden der Versicherten hier wiedergeben. Es heißt im Bericht:

„Ein sehr großer Prozentsatz der entschädigungsplächtigen Unfälle war auch im Berichtsjahre durch eigenes Verschulden der Versicherten, offenbar nachlässigen, Schuld von Mitarbeitern, Mißbenutzung von Schutzvorrichtungen und Unterlassung der gebührenden Betriebsvorsicht veranlaßt. Nur in einer verhältnismäßig geringen Zahl von Fällen ist als Ursache das Fehlen oder die ungenügende Sicherheit von Schutzvorrichtungen anzusehen.“

Die Klage über den Leichtsinne der Arbeiter und die Versicherung, daß die Unternehmer wenig Unfälle verschulden, kehrt in den Berichten der Berufsgenossenschaften beständig wieder, und es ist dem Außenstehenden einfach unmöglich, die Berechtigung der Klagen und Versicherungen persönlich nachzuprüfen. Um so wichtiger ist es, wenn aus den Feststellungen des Berichts selbst hervorgeht, daß die Dinge denn doch ein wenig anders liegen. Und das scheint uns bei dem Bericht der Papiermacherverberufsgenossenschaft durchaus der Fall zu sein. Die Schilderungen besonders bemerkenswerter Unfälle müßten nämlich, wenn die oben zitierten Aeußerungen des Berichts richtig sind, das Verschulden der Arbeiter und die Untadeligkeit der getroffenen Schutzvorrichtungen scharf hervorzuheben lassen. Es ist aber das genaue Gegenteil der Fall. Entweder sind die Fälle „unaufgeklärt“ und das ist in neun von zehn Fällen gleichbedeutend mit Schullosigkeit der Arbeiter, denn wenn dem Arbeiter irgendein Versehen nachgewiesen oder auch nur angezweifelt werden kann, dann ist man gar zu fix damit zur Hand, oder die Schuld der Unternehmer bzw. die Mangelhaftigkeit der getroffenen Schutzvorrichtungen tritt unverkennbar hervor. Wir werden das in einem zweiten Artikel an Hand der Schilderungen des Berichts erweisen.

Verchiedene Industrien

Greuelthaten bei der Kokausschubgewinnung.

Die Gummikonsumenten und viele Gummiarbeiter haben keine Ahnung, unter welchen schrecklichen Umständen der Kokausschub gewonnen wird. Den Kokausschubhändlern drohen die Gefahren des Urwaldes: biffige Tiere, giftige Kraken und Insekten, gegen die sie sich teilweise durch Waffen zu schützen vermögen. Großer und schrecklicher jedoch sind die Gefahren, die ihnen von angeblich „zivilisierten Menschen“ drohen, die als sogenannte Kokausschubplanzenbesitzer ein Interesse daran haben, die Leistungsfähigkeit der Gummier mit allen Mitteln zu steigern, um sich zu bereichern. Sie scheuen dabei vor keinem Verbrechen zurück. An den importierten Kokausschubhändlern lebt das Blut unzähliger, angeblich noch wilder Menschen. Raub, Mord, Folterqualen und Tausende von Weibern, Kindern und Verwundeten kennzeichnen die Wirkungsstätte derer, die als Kokausschubhändler. Vor einigen Jahren erregte die Kolonialgrenze einer Kokausschubgesellschaft in Kongostaat, bei der der verstorbenen König der Belgier, Leopold, stark interessiert war, ungeheures Aufsehen. Diese Verbrechen hatten den armen Negern Verwundungen an Händen und Füßen beigebracht, wenn sie das hochgeschätzte Tagesopfer von Kokausschub nicht beibringen konnten.

Diese Greuelthaten wurden von den Beamten der Peruvian Amazon Company in Südamerika übertrieben. Die Peruvian Amazon Company hat ihren Sitz in London und beschäftigt ein Heer von Agenten, die das Sammeln von Kokausschub zu betreiben haben. Letztere bedienen sich der Hilfe der Indianer und Neger des Putumayogebietes. Schon vor zwei Jahren erprobte der Amerikaner Hardenburger, der die Gegend bereist hatte, in der englischen Zeitung „Truth“ furchtbare Anklagen gegen die Agenten der Gesellschaft. Die Verbrechen, deren Hardenburger die Agenten anklagte, waren so gräßlicher Natur, daß man geneigt war, die Schilderungen als übertrieben zu betrachten. Aber Herr Hardenburger kam ausgerüstet mit beidseitigen und strotzenden Zeugenaussagen, und an den Charakter und die Wahrhaftigkeit des Mannes ließ sich nicht zweifeln. Der Sturm der Entrüstung, der sich im Publikum erhob, veranlaßte die Peruvian Amazon Company, eine Untersuchungskommission nach dem Putumayo zu schicken, und dieser Kommission schloß sich der Generalkonsul Sir Roger Casement an, der von der Regierung beauftragt wurde, zu untersuchen, ob die Berichte über die Verbrechen, die von den Agenten der Gesellschaft auch an englischen Unterthanen, Neger von der englischen Kolonie Barbados, verübt worden sind, auf Wahrheit beruhen. Schon bei seinem ersten Besuch der Gegend fand der englische Generalkonsul, daß die Angaben Herrn Hardenburgers keineswegs übertrieben waren. Er schickte einen vorläufigen Bericht an seine Regierung, der Sir Edward Grey im Januar 1911 veranlaßte, dem britischen Vertreter in Lima (Peru) folgendes Telegramm zu schicken: „Wiele der obersten Beamten der Peruvian Amazon Company haben sich verpflichtet, die empfindlichsten Grausamkeiten gegen die Indianer schuldig gemacht, worüber reichliche und unüberlegliche Beweise gesammelt wurden, die von Senor Tizon, dem Vertreter der Gesellschaft in La Chorrera, ohne Widerpruch als unüberleglich anerkannt worden sind. Unter den Verbrechen, deren diese Leute beschuldigt werden, sind Mord, Tortur, Schwandung, beständiges Auspeitschen in einer barbarischen Art und andere Handlungen von unglücklicher Grausamkeit. Dies sind nicht isolierte Fälle, sondern der Teil eines Systems.“

Wenn so der in der Wahl seiner Ausdrücke sonst vorsichtige Diplomat spricht, wie muß dann erst das Kakaomaterial beschaffen sein, das Sir Roger Casement gesammelt hat!

„In Matanzas erfuhr ich durch das Geständnis eines der Auspeitschten selbst, daß weniger als sechs Wochen vor meinem Besuch ein Häuptling der Eingeborenen zu Tode gepeitscht worden war und in der Gefangenschaft im Fußboden der Station zwischen seiner Frau und einem seiner Kinder gestorben sei. Das Aussehen vor die geringste der Torturen, die diejenigen trifft, die nicht genug Gummis einsammeln, aber es ist die verbreitetste und die, die ohne Ausnahme angewendet wurde. Jede Sektion, die ich besuchte, hatte einen Fußboden und ihren offiziell ernannten Auspeitscher. Ein Indianer, das oft an diesem Aussehen teilgenommen und sich selbst zweier an Indianern begangener Mordtaten schuldig bekannte, hat von der Art, wie die Indianer an den Stationen, wo er diente, ausgepeitscht werden, folgende Beschreibung gegeben: Der Indianer ist so demütigt, daß er sich, sobald er sieht, daß die Junge der Plage nicht auf 10 Kilogramm zeigt, mit ausgestreckten Händen auf den Boden wirft, um seine Strafe zu empfangen. Dann tritt der Sektionschef oder ein untergeordneter Beamter vor, beugt sich nieder, erregt den Indianer bei den Haaren, schlägt ihn, hebt den Kopf in die Höhe, läßt ihn mit dem Gesicht nach unten auf den Boden fallen, und nachdem das Gesicht des Indianers geschlagen und getreten worden und mit Blut bedeckt ist, wird dieser ausgepeitscht.“

Das ist ein wahres Bild. Eingehende Beschreibungen des Auspeitschens dieser Art wurden mir immer wieder von Leuten gegeben, die zu dieser Arbeit verwendet worden waren.“

Ueber einen Sektionschef der Gesellschaft namens Norman berichtet der britische Generalkonsul, „Der Verbrechen, deren dieser Mensch angeklagt wurde und die vom Ende des Jahres 1904 bis zum Monat Oktober 1910, als ich ihn als Chef der Station Matanzas oder Andoles antraf, datieren, scheinen beinahe unangenehm zu sein. Es befinden sich darunter zahllose an wehrlosen Indianern begangene Mordtaten und Torturen wie folgende: Er überließ Männer und Frauen mit Petroleum und feste sie dann in Brand; er verbrannte Leute auf dem Scheiterhaufen; er schlug Kinder das Hirn ein und ließ in zahlreichen Fällen Indianern Arme und Beine ab und überließ sie dann in dieser Dual einem schnellen Tode.“

Es wurde behauptet — und ich bin überzeugt, mit Recht behauptet —, daß Norman während des Zeitraums von beinahe sechs Jahren, während dessen er den indischen Siamer des Andoles befehligte hatte, unmittelbar „viele Hunderte“ dieser Indianer getötet habe — Männer, Frauen und Kinder. Die mittelbaren Tötungen, die durch Verhungern, Auspeitschen, Aussetzung und Beschwerden verschiedener Art beim Einsammeln des Gummis oder dessen Transport von Andoles hinunter nach Chorrera verursacht wurden, müssen eine noch viel höhere Zahl ausmachen. Senor Tizon, der Hauptvertreter der Gesellschaft, sagte mir, daß „Hunderte“ von Indianern bei dem erzwungenen Transport des Gummis von den entfernteren Stationen hinunter nach La Chorrera umkamen. Die Gesellschaft gibt diesen unglücklichen Menschen keine Nahrung auf diesen Entwürfen, die im Durchschnitt dreimal im Jahre stattfinden. Indianer wurden häufig zu Tode gepeitscht. Es wurden mir Fälle berichtet, wo Männer und Frauen unter der Peitsche gestorben; aber gewöhnlich fanden die durch das Auspeitschen verursachten Todesfälle einige Tage später statt. In vielen Fällen, wo Männer und Frauen so grausam gepeitscht worden waren, daß das Fleisch der Wunden in Flüssigkeit überging, wurden die Opfer von einem der „Rationales“, der auf Befehl des Sektionschefs handelte, oder auch von diesem Individuum selbst erschossen. Manchmal wurden die Wunden mit Salz und Wasser behandelt, aber in vielen Fällen war ein gefährliches Auspeitschen nicht einmal von diesem armen Heilversuch begleitet; das Opfer wurde „mit Nadeln im Fleisch“ losgelassen, um im Walde zu sterben, oder wurde erschossen und die Leiche verbrannt oder begraben — oder oft genug in den „Ruch“ nahe beim Sektionsgebäude geworfen.

Ein britischer Unteran, der selbst oft die Indianer ausgepeitscht hatte, berichtet mir, daß er gesehen habe, wie Männer gepeitscht wurden, weil ihre kleinen Söhne zu wenig Gummis eingebracht hatten. Man hielt diese Knaben für zu klein, um sie zu peitschen, und so wurde dann, während der kleine Knabe weinte und schreie dabei aus, die Mutter geschlagen — „nur ein paar Streiche“, um ihn zu einem besseren Arbeiter zu machen. Männer und Frauen wurden an den Armen erhängt, die oft auf dem Rücken herabgeführt und dort an den Handgelenken zusammengebunden wurden, und in dieser qualvollen Stellung wurden die Menschen, mit den Füßen hoch über dem Erdboden, auf den anderen Gliedern und den unteren Rückenpartien gehängt.“

Dies sind nicht etwa sensationelle Berichte eines hiraberkannenen Reisenden, sondern die nüchternen Ergebnisse unvoreingenommener Zeugenaussagen, die von einem Regierungskommissar gesammelt worden sind, der mit eigenen Augen die furchtbaren Verbrechen, die die Tortur an den Opfern hinterlassen, in Augenschein genommen hat. Sir Roger Casement hat mit den Schreialen, deren Daten er beibringt, am selben Tag gesehen, während diese Verbrechen erörtert wurden, und durfte kein Zeichen des Unwillens oder Entsetzens von sich geben, aus Furcht, daß er dadurch die Mörder zu neuen Verbrechen gegen die Indianer reizen könnte. Ein unglücklicher Jammer erfaßt einen beim Lesen dieses Berichtes, den die englische Regierung schließlich berücksichtigen mußte, da die Regierung Verus trotz häufiger Mahnungen noch nichts unternommen hat, um die Verbrecher zur Rechenschaft zu ziehen!

Man wird sich ermannen fragen, wie heute derartige Greuelthaten, von denen der englische Generalkonsul berichtet, und die an die Schreckensherrschaft alter orientalischer Despoten erinnern, nur in der Welt möglich sind. Die Antwort darauf ist, daß das System, nach dem eine moderne kapitalistische Handelsgesellschaft mit Hilfe des Auswurfs der Menschheit ein ganzes Volk ausbeutet und ausrottet, in einer Gegend praktiziert wird, die weitab von aller Kultur liegt. Der Distrikt Putumayo, der nach einem Nebenfluß des Amazonasstroms benannt ist, liegt zwischen dem Äquator, dem 5. Grade südlicher Breite und den 70. und 75. westlichen Längengraden. Er wird bewohnt von vier indianischen Stämmen, die noch zu Anfang des Jahrhunderts zwischen 40- und 50 000 Köpfe zählten, heute aber bis auf 10 000 Männer, Frauen und Kinder ausgerottet worden sind. Das Gebiet macht sich gegenwärtig Kolumbien und Peru streitig. Der Mittelpunkt des Gummihandels der Peruvian Amazon Company, die das Gebiet befehligt, ist Jauits, das weit über 1000 Kilometer von dem Schauplatz der Greuelthaten entfernt ist. Dies ist auch der Sitz der Familie Arana, die das Gummiland zuerst „erschloß“ und das von dem englischen Generalkonsul geschilderte „schandale“ Ausbeutungssystem im Anfang dieses Jahrhunderts im Putumayo eingeführt hat. Die Greuelthaten, die es im Gefolge hatte, wurden bald in den benachbarten Republiken bekannt. Schon vor etwa sieben Jahren wurde von der unglücklich klingenden, barbarischen Verbindung der Eingeborenen im Putumayo berichtet. Aber nichts geschah, um dem Treiben der Gebrüder Arana Einhalt zu gebieten. Im Jahre 1907 veranlaßte sich die Firma Gebrüder Arana in eine englische Gesellschaft, die ihren Sitz in London nahm und sich unter dem Namen The Peruvian Amazon Company zwei englische Direktoren zulegte. Drei Jahre später erfolgten die erstaunlichen Enthüllungen des amerikanischen Reisenden Hardenburger, die zu der vorliegenden Untersuchung durch einen angehenden Beamten der englischen Regierung führten. Die Resultate Sir Roger Casements sind übrigens von einer von der peruanischen Regierung eingesetzten gerichtlichen Untersuchungskommission vollkommen bestätigt worden. Das ist kapitalistische Kultur. Sie würde in Deutschland kaum wesentlich andre Folgen zeitigen, wenn nicht die Arbeiter stark genug wären, sich gegen alle rückwärtsstrebende Reiziger zu wehren.

Welche Geldentlasten in der Gummindustrialie.

In der Formerei II der Gummifabrik „Continental“ in Hannover besteht schon seit Jahresfrist die 8 1/2stündige Arbeitszeit. Die Arbeitsleistungen werden im Accord ausgeführt, und es läßt sich denken, daß die Arbeiter in der kurzen Arbeitszeit mit der Veranschlagung von Arbeitskraft nicht sparen, um auf einen, den leuten Lebensverhältnissen entsprechenden Lohn zu kommen. Trotzdem wird in einer Zeit unerbittlicher Teuerung leben, wurden Accordabzüge vorgenommen, wodurch die Arbeiter veranlaßt wurden, das Kenne ihrer Leistungsfähigkeit herzugeben. Aber schließlich hat dieses Beginnen einmal eine Grenze. Das Bestreben der organisierten Arbeiter, die Direktion um Erhöhung der Accordätze anzufragen, mußte wegen Unmöglichkeit der Arbeiter unterbleiben, weil gerade diese Abteilung von Angestellten der geistigen Organisation stark durchsetzt war. Weil nun aber auch letztere unter den niedrigen Löhnen zu leiden hatten, versuchten auch sie

Zur Erläuterung dieser Tabelle sei bemerkt, daß die angegebenen Zahlen der Vollarbeiter sich nicht beden mit der Zahl der Versicherten. Die Zahl der Vollarbeiter wird so ermittelt, daß sämtliche abgeleiteten Arbeitstage durch 300 dividiert werden (deshalb auch die Bruchzahlen in der Tabelle). Ein Vollarbeiter repräsentiert also 300 Arbeitstage. Aus dieser Angabe ist ersichtlich, daß zum Beispiel in Seilgewerben die Zahl der Vollarbeiter hinter der Zahl der Versicherten erheblich zurückbleiben muß, während sie in Industrien, die ihre Arbeiter nicht nur 300 Tage im Jahre, sondern auch Sonntags zur Arbeit heranziehen, umgekehrt die Zahl der Versicherten höher ist. Bei der Papiermacherverberufsgenossenschaft betrug zum Beispiel 1911 die Zahl der Vollarbeiter 91 201, die Zahl der durchschnittlich Versicherten aber nur 90 135. Die Gesamtzahl der geleisteten Arbeitstage betrug 2 736 027; auf einen Versicherten entfallen mithin im Durchschnitt 303,5 Arbeitstage jährlich. Ein Beweis, daß die Papierarbeiter jährlich um ein halbes Duzend Arbeitstage zu kurz kommen.

Wie aus den unter der Tabelle vergleichsweise angeführten Zahlen über das Jahr 1910 zu ersehen ist, hat die Arbeiterzahl in den Pappenfabriken und Holzschleifereien ab-, in allen andern Gruppen zugenommen. Die stärkste Zunahme fällt allerdings auf die Gruppe der Handbetriebe.

auf ihre Weise, aus der Klemme zu kommen. Statt sich jedoch von den zu erwartenden hohen Ueberlöhnen des Wertes durch Erhöhung der Arbeitszeit einen höheren Lohn zu erringen, suchten sie sich als Opfer ihrer eigenen Mitarbeiter heraus und überantworteten sie nicht ihren Familien dem Hunger. Die Mitglieder des gelben Werbereins der „Continental“ ließen eine Liste zur Namenszeichnung zirkulieren, die der Betriebsleitung übermitteln sollte. In dieser Eingabe wurde die Direktion um Verlängerung der Arbeitszeit in Form einer II. ersucht. Schon beim Zirkulieren der Liste wurden die gelben Arbeiter darauf aufmerksam gemacht, daß die Arbeitszeitverlängerung Arbeitskräfte überflüssig machen würde. Dieser Einwand wurde von den Gelben abgetan mit dem Hinweis, daß die überflüssigen Arbeiter in anderen Abteilungen untergebracht werden könnten. Als diese Möglichkeit wegen nicht besonders guten Geschäftsganges bezweifelt wurde, erklärten einige Mustergelbe: Ja, dann werden die Ueberflüssigen eben entlassen.

So kam es. Die Eingabe ging an die Direktion, und diese gab dem Ersuchen statt. Die Arbeitszeit wurde auf neun Stunden verlängert. Die Folge war, daß 60 Mann nach wenigen Tagen arbeitslos wurden. Die gelben Reaktionsäre erreichten eine Verlängerung der Arbeitszeit und eine Erhöhung ihres Einkommens auf Kosten armer Mitarbeiter, während die im Golbe schwebenden Aktionäre den Vorteil davon haben.

*** Zur Lage der Leim- und Klebstoffindustrie.**

Ein Vergleich der Ein- und Ausfuhrziffern des ersten Vierteljahres 1911 mit dem ersten Quartal 1912 ergibt für die Leim- und Klebstoffindustrie folgende Resultate:

	Einfuhr:			Ausfuhr:		
	1. Vierteljahr 1911	1. Vierteljahr 1912	pro dz	1. Vierteljahr 1911	1. Vierteljahr 1912	pro dz
	Wert	Wert		Wert	Wert	
	dz	insge.	pro dz	dz	insge.	pro dz
	M.	M.	M.	M.	M.	M.
Klebstoffe aus Pflanzen und Rohstoffe	15220	1605000	105	17082	1689000	99
Leim von Tieren und Rohstoffe	57710	1168000	20	47003	1171000	25
Kaseinleim	8740	568000	65	15593	1014000	65
	81670	3341000	41	79678	3874000	49

Die Einfuhr von Klebstoffen aus Pflanzen und einschlägigen Rohstoffen stieg der Menge nach von 15 220 Doppelzentner auf 17 082 Doppelzentner, der Wert fiel von 1 605 auf 1 689 M. pro Doppelzentner. Ein ungeheures Bild gibt die Gruppe: Leim von Tieren und Rohstoffe. Die Einfuhrmenge fiel von 57 710 auf 47 003 Doppelzentner, ihr Wert stieg pro Doppelzentner von 20 auf 25 M. Die eingeführte Menge von Kaseinleim stieg von 8 740 auf 15 593 M., während der Wert von 65 M. pro Doppelzentner stabil geblieben ist. Die Gesamtmenge aller Einfuhrprodukte fiel von 81 670 auf 79 678 Doppelzentner, der Wert stieg im Durchschnitt von 41 auf 49 M.

Folgendermaßen gestalteten sich die Ziffern der

	Einfuhr:			Ausfuhr:		
	1. Vierteljahr 1911	1. Vierteljahr 1912	pro dz	1. Vierteljahr 1911	1. Vierteljahr 1912	pro dz
	Wert	Wert		Wert	Wert	
	dz	insge.	pro dz	dz	insge.	pro dz
	M.	M.	M.	M.	M.	M.
Klebstoffe aus Pflanzen und Rohstoffe	39731	1819000	43	26195	1604000	61
Leim von Tieren und Rohstoffe	44730	2429000	54	48907	2650000	54
Kaseinleim	3374	371000	110	3489	352000	101
	87835	4619000	52	78591	4606000	59

Die Ausfuhr der ersten Gruppe fiel von 39 731 auf 26 195 Doppelzentner, der Wert des ausgeführten Doppelzentners stieg hingegen von 43 auf 61 M. Günstiger gestaltet sich das Ergebnis für die zweite Gruppe; hier stieg die ausgeführte Menge von 44 730 auf 48 907 Doppelzentner, der Wert der pro Doppelzentner ausgeführten Ware blieb mit 54 M. stabil. In der Gruppe Kaseinleim weist die Ausfuhrmenge eine kleine Steigerung auf, dagegen ist ein Wertrückgang zu konstatieren.

Ein Vergleich der Ein- und Ausfuhrmengen der einzelnen Gruppen untereinander ergibt, daß die Einfuhrmenge von Klebstoffen aus Pflanzen von der Ausfuhrmenge erheblich übertrifft wird, der Wert hingegen vermindert ist. Die Ursache liegt jedenfalls darin, daß die Ausfuhrfabrikate meist Lösungen von konzentrierten oder trockenen Einfuhrprodukten darstellen. Die Ein- und Ausfuhrmengen der Gruppe: Leim von Tieren und Rohstoffe bedecken sich annähernd, ihr Ausfuhrwert ist jedoch erheblich höher, ein Beweis, daß die Einfuhrprodukte meistens Rohstoffe sind, die im Inland eine Veredelung erfahren und als Ausfuhrprodukte höhere Bewertung haben. Die Einfuhrmenge von Kaseinleimstoffen übertrifft die Ausfuhr ganz erheblich. Daraus ist zu schließen, daß diese Klebstoffe ihren Verbrauch größtenteils im Inland finden. Der Ausfuhrwert pro Doppelzentner übersteigt den Einfuhrwert erheblich, so daß anzunehmen ist, daß auch hier eine Veredelung im Inland vor sich geht. Zugleich ist festzuhalten, daß das Inland nicht in der Lage ist, den Bedarf an Kaseinleimstoffen selbst decken zu können.

Zusammengenommen, gingen die Einfuhrmengen von 81 670 auf 79 687 Doppelzentner zurück, ihr Wert stieg pro Doppelzentner von 41 auf 49 M. Das gleiche kann von den Ausfuhrziffern gesagt werden. Hier ging die Ausfuhrmenge von 87 835 M. auf 78 591 M. zurück, während der Wert des ausgeführten Doppelzentners von 52 auf 59 M. stieg.

*** Die Systemfabrikation im Jahre 1911.**

Die Bonner Handelskammer berichtet: „Der allgemeine Geschäftsgang in der System-Industrie ist entsprechend der Vermehrung der Beschäftigten im verflochtenen Jahre gut gewesen. Es ist eine Vermehrung des Absatzes zu verzeichnen. Die durchschnittlich erzielten Preise waren höher wie diejenigen des Vorjahres, so daß die Erzeugung der Systemfabrikanten wieder ausgedehnt wurde. Der Preisstand der meisten Rohstoffe war andauernd hoch, namentlich trifft dies für den Hauptrohstoff „Zinn“ zu. Für Zinnleim bestehen im In- und Auslande Preisverweirungen. Nur durch sie ist es möglich, die den gesteigerten Erzeugungskosten entsprechende Erhöhung der Verkaufspreise durchzusetzen. Der Export erweist sich nach allen Richtungen hin, ist aber im allgemeinen zurückgegangen. Dieser Rückgang liegt begründet einerseits in den fortgesetzten verfallenden Zollverhältnissen im Ausland, andererseits in dem zunehmenden englischen Wettbewerb, welcher namentlich infolge billigerer Rohstoffe unter günstigeren Erzeugungskosten arbeitet. Die Arbeitsverhältnisse geben zu Klagen keinen Anlaß. Die Löhne sind im Durchschnitt etwas gestiegen. Die Arbeiterzahl ist vermindert worden.“

Streits und Lohnbewegungen.

— **Streits und Ausperrungen** betreffen in Bayern i. M. (Papierfabrik), Darmstadt (Papierfabrik Witz), Reichen (Langen), Niederhainberg bei Königswalche i. Erzgeb. (Papierfabrik Witz), Frey bei Hild (Holzfabrik), Sandbach im Odenwald (Holzfabrik), Streich in Kasselberg.

Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

— **Stahlarbeiter.** Die Arbeiter der hiesigen Eisenwerkfabriken sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Unter jämmerlichen Vorwänden am Orte werden diese Arbeiter am schärfsten erpresst. In diesen Betrieben bestehen geradezu wüste Zustände. Auf eine gut funktionierende Kontrollationskommission wird wenig Wert gelegt. Die wüsten Zustände sind in voller Höhe. Schon mancher Arbeiter hat sich hier für eine Woche vollständig wegnommen. Kurz dieser ungenügenden Arbeit wird nur ein Lohn von 2,50 M. gezahlt. Das bei den heutigen Lebensmittelpreisen ein solcher Lohn ungenügend ist, sollte auch diesen Unmenschen einleuchten. Die Arbeiter haben den Weg zur Organisation beschritten, und trotz ihrer Organisations werden sie alles daran setzen, um ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die übrige Arbeiterzahl steht auf ihrer Seite. Der Zugang wird gestoppt.

— **Stahlarbeiter.** Die Arbeiter der Firma Martin u. Pagenstecher, Eisenfabrik in Walsdorf a. Rh., sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Mit dem Vertreter der Organisation zu verhandeln, hat die Firma abgelehnt. Darauf ist eine von den Arbeitern gewählte Kommission vorzeitig geworden, aber trotz mehrmaligen Verhandeln ist nichts Entscheidendes für die Arbeiter erreicht worden. Die wichtigsten Forderungen lauten die

Firma strikt ab. Wenn die Firma meint, ihre Arbeiter von den Forderungen abzubringen, ist sie schlicht über den Geist der Leute informiert. Die Arbeiter wissen, daß bei Martin u. Pagenstecher die schlechtesten Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Branche in Köln und Wülheim herrschen. Das wollen die Arbeiter nicht länger mitmachen. Wird die Firma nicht im letzten Augenblick den beschiedenen Forderungen der Arbeiter Nachsicht zeigen, wird wohl der Streik unvermeidlich sein. Die Schuld trägt aber dann allein die Firma. Die Arbeiter sind gewillt, ihre Forderungen hochzuhalten, und der Geist, der aus der letzten Versammlung spricht, zeigt, daß sie sich nicht mehr vertrieben lassen, sondern mit allem Ernste daran gehen, ihre Lage zu verbessern. Die Arbeiter aller übrigen Eisenfabriken werden ersucht, in diesem Kampfe Solidarität zu üben und bei der Firma Martin u. Pagenstecher keine Arbeit anzunehmen. Vor Zugang auch aller übrigen Arbeiter wird gewarnt.

— Lohnbewegung in der Tapetenindustrie.

Die Formstichergesellen, welche die Druckwalzen für die Tapeten herstellen, hatten bis zum Jahre 1908 eine eigene Zentralorganisation. Diese hat sich 1909 mit dem größeren verwandten Berufsverband der Lithographen, Steinrunder und verwandten Berufe verschmolzen; die größte Zahl aller in Deutschland vorhandenen Formstichergesellen ist organisiert. Eine im Jahre 1910 stattgefundene Lohnbewegung führte zum Abschluß von Vereinbarungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen im deutschen Formstichergewerbe, die am 1. Oktober d. J. ablaufen.

Zum Zwecke der Beratungen für einen neuen Tarif fand am 18. August in Berlin eine Gesellenkonferenz statt, die von Vertretern aus allen Teilen Deutschlands besucht war. Die Konferenz formulierte einstimmig folgende Forderungen, für die mit aller Entschiedenheit und allem Nachdruck eingetreten werden soll:

„Umwandlung der Stundenlohnberechnung in Wochenlohn; Feiertagsbezahlung; Entschädigung für Veräumnisse nach § 616 B. G. B.; Erhöhung des Mindestlohnes für Ausgelernte von 19,50 auf 21 M. und der Löhne bis zu 25 M. um 3 M., über 25 bis 30 M. um 2,50 M. und über 30 M. um 2 M.; Lohnzahlung Freitags während der Arbeitszeit — Festsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 52 Stunden. Gewährung des Zuschlags für jede Ueberstunde, und zwar von 25 Prozent für Ueberarbeit vor 10 Uhr abends und 50 Prozent nach 10 Uhr abends und an Sonntagen. Gewährung einer viertelstündigen Pause, die in die Arbeitszeit einzurechnen ist, bei zwei Ueberstunden am Tage. Verbot der Beschäftigung von Heimarbeitern. Ueber Ausnahmen sollen die Vertragskontrahenten von Fall zu Fall entscheiden. Arbeit nach Feierabend mit nach Hause zu nehmen, soll verboten sein. — Lehrlingslohn: Auf je fünf Gesellen soll ein Lehrling kommen; nur ein Lehrling zulässig ist, soll nach beendeten zweitem Lehrjahre ein weiterer Lehrling eingestellt werden können. — Lieferung des Werkzeugs, besonders des Verbrauchsmaterials, zum Beispiel von Feilen und Borstschlägen. Die Kündigung soll vierzehn Tage betragen, und die Kündigung soll nur am Lohnstage zulässig sein. Etwaiger Arbeitsmangel soll zur Vermeidung von Entlassungen durch Verleihung der Arbeitsdauer auf alle Gesellen gleichmäßig verteilt werden. Die Maschinen sollen aus hygienischen Rücksichten in besonderen Räumen aufgestellt werden.“

Diese Forderungen sollen sofort der Prinzipalsorganisation eingebracht werden. Zum Schluß wurde dann noch eine Kommission gewählt, die mit der Prinzipalsorganisation über diese Forderungen verhandeln soll.

Eingegangene Schriften.

Von der Sozialdemokratischen Frauenbibliothek sind erschienen: Heft II: Die Frau und die Gemeindepolitik. Von Clara Weyl. Preis 30 Pf. Der Inhalt gliedert sich wie folgt: Gemeinwohl — Wortwort — Krankenfürsorge — Säuglingsfürsorge — Krippen, Kindergärten und Hort — Schule — Die Wohnungspolitik der Gemeinden — Arbeiterfürsorge — Lebensmittelversorgung — Mitarbeit der Frau in der Gemeinde — Gemeindefürsorge. Heft III: Kinderarbeit, Kinderschutz und die Kinderschutzkommissionen. Von Luise Jäck. Herausgegeben vom Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Preis 50 Pf.

Aus dem Inhalt erwähnen wir: Die Kinderarbeit und ihre schädlichen Folgen — Die Arbeit als Erziehungsmittel — Die Kinderschutzgesetzgebung in Deutschland bis 1890 — Die sozialdemokratische Kritik und Propaganda — Das Kinderschutzgesetz vom 30. März 1903 — Die Wirklichkeit des Kinderschutzgesetzes — Der „Schutz“ der Kinder in Landwirtschaft und häuslichen Diensten — Die Gründung der Kinderschutzkommissionen — Die Wirklichkeit der Kinderschutzkommissionen — Die weiteren Aufgaben der Kinderschutzkommissionen.

Die Arbeit enthält außerdem folgende Anhänge: Gesetz, betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben — Verzeichnis derjenigen Verfassungen, in deren Betrieb, abgesehen vom Austragen von Waren und von sonstigen Botengängen, Kinder nicht beschäftigt werden dürfen — Musterfragebogen und Kontrollkarte für die Kinderschutzkommissionen.

Die Hefte der Sozialdemokratischen Frauenbibliothek sind durch alle Buchhandlungen und Expeditionen sowie direkt vom Verlag, Buchhandlung Vorwärts Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW 68, zu beziehen.

Von der unter dem Gesamttitle Voigtländers Quellenbücher erschienenen wertvollen Sammlung von literarischen Quellen sind uns folgende Hefte eingegangen: Thomas Platter. Ein Lebensbild aus dem Jahrhundert der Reformation. Herausgegeben von Horst Kohl. 113 Seiten. (Voigtländers Quellenbücher, Band 21.) H. Voigtländers Verlag in Leipzig. Kartoniert 0,90 M.

Die Anzeigenblätter des Schweizer Thomas Platter geben durch den Reichtum ihrer Schilderungen aus dem Leben der Bauern und Bürger, der Pastoren und Schulmeister, der Handwerker und Gelehrten ein überaus anschauliches Bild aus der Reformationszeit.

Kriter Grünembergs Pilgerfahrt ins Heilige Land 1486. Herausgegeben und überetzt von Johann Goldfriedrich und Walter Franzel. 139 Seiten mit 24 Abbildungen der Handzeichnungen Grünembergs. (Voigtländers Quellenbücher Band 18.) H. Voigtländers Verlag in Leipzig. Kartoniert 1,20 M.

Bullannansbrüche in alter und neuer Zeit. Nach den Berichten von Augenzeugen herausgegeben von Oberlehrer Paul Schneider. 94 Seiten. (Voigtländers Quellenbücher, Band 13.) H. Voigtländers Verlag in Leipzig. Kartoniert 0,70 M. Das Buch enthält die Berichte der Augenzeugen von Bullannansbrüchen, so wie sie unter dem frischen Eindruck der schreckensvollen Naturereignisse entstanden sind, von Finnis d. J. bis zu den Berichten über den Ausbruch des Krataters (1883) und die Vernichtung von Martinique (1902).

Deutsche Hausmöbel bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts. Herausgegeben von Dr. Otto Pella, Direktorialassistent am Kunstgewerbemuseum, Deutscher an der Handelshochschule, Leipzig. 112 Seiten mit 139 Abbildungen. (Voigtländers Quellenbücher, Band 8.) H. Voigtländers Verlag in Leipzig. Kartoniert 1,30 M.

Verbandsnachrichten.

Bestimmung des Vorstandes.

Mit der Herstellung des Protokolls vom 11. Verbandstage soll sofort begonnen werden. Damit die Auflage reiflos abgelehnt werden kann, ist es erforderlich, daß die Zahlstellen umgehend angegeben, wieviel Exemplare sie gefandt haben wollen.

Der Preis des Protokolls ist 15 Pf. pro Exemplar.

Unverkaufte Exemplare werden weder zurückgenommen noch der Preis abgerechnet.

Da es erforderlich ist, daß jedes Mitglied sich über die Beschlüsse und die Beratungen des Verbandstages unterrichtet, so ersuchen wir die Bevollmächtigten, auf das Erscheinen des Protokolls in den Versammlungen und durch die Hilfskassierer und Vertrauensmänner aufmerksam zu machen, damit zahlreiche Bestellungen erfolgen. Zur Festsetzung der Auflage bitten wir, uns die Bestellungen baldigst aufzugeben.

Der Verbandskalender

für das Jahr 1913 ist erschienen und zum Preise von 50 Pf. zu beziehen. Die Zahlstellen wollen alsbald ihre Bestellungen aufgeben, da nach Fertigstellung des Druckes Nachbestellungen nicht mehr berücksichtigt werden können.

Aus dem Inhalt des Kalenders heben wir hervor:

- Abreisen, Die wichtigsten aus der Arbeiterbewegung.
- Arbeiterkongress im Jahre 1910 in den für uns zuständigen Industriezweigen.
- Arbeiterverbände.
- Christliche Gewerkschaften im Jahre 1911.
- Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1911.
- Fremdarbeiterverzeichnis.
- Gewerbliche Gifte.
- Girisch-Dunckerische Gewerkschaften im Jahre 1911.
- Internationale Gewerkschaften im Jahre 1910.
- Summerwählender Kalender.
- Lohnbewegungen unseres Verbandes seit dem Jahre 1895.
- Portotarif (erweitert).
- Reichstag, Aufsammlung.
- Reisevertragswesen (Abhandlung).
- Unfallstatistik 1911.
- Verbandsjahr 1911.
- Verbandsstatistik von 1890—1911.
- Verjährung von Forderungen.

Aus unserm Verbandsleben enthält der Kalender dieses Jahr besonders reichhaltiges Material und kann somit als Nachschlagewerk für die Mitglieder und Funktionäre gute Dienste leisten, speziell in der Agitation.

Mit kollegialem Gruß

Für den Vorstand
Aug. Breh.

Zur Betreibung der Agitation unter den Arbeitern der gemischten Industrie ist vom Vorstand ein neues Flugblatt zu beziehen, das sich mit den Maßnahmen der Unternehmerorganisation und der gegenwärtigen Lage der gemischten Arbeiter befaßt. Wir ersuchen die Zahlstellen dringend, ihren Bedarf sofort zu bestellen.

Kauf.

Der Kollege Paul Feist, Karten-Nr. 240 294, wird um Angabe seiner Adresse ersucht, damit ihm seine gefundenen Papiere zugesandt werden können.

Vom 27. August an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein: Berbst 1000,—, Eisenberg (S.-M.) 800,—, Schornberg 350,—, Goslar 450,—, Freiberg i. S. 400,—, Weiszig 200,—, Wilsch a. d. S. 150,—, Ohlau 151,—, Mannheim 1500,—, Königsberg i. Pr. 500,—, Kolberg 430,—, Dessau 60,70, Remel 800,—, Kolmar i. P. 500,—, Rappertsteg 300,—, Plauenischer Grund 2000,—, Dresden 1500,—, Wörsdorf 500,—, Worms 200,—, Wolgast 800,—, Göttingen 600,—, Wairauß 300,—, Zwickau 500,—, Aue i. Erzgeb. 400,—, Rarßim 400,—, Waldheim 400,—, Neuhaldensleben 250,—, Oschatz 200,—, Wittenberg 500,—, Waupen 500,—, Arnstadt 600,—, Wartsl 400,—, Hennigsdorf 400,—, Stäbe 200,—, Friedland i. M. 200,—, Glauchau 150,—, Münsberg a. d. W. 80,—.

Schluß: Montag, 2. September, mittags 12 Uhr.

F. v. Bruns, Kassierer.

Justimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen.

erhielt die Zahlstelle
Kassentrag: 5 Pf. pro Woche und Mitglied.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetreten in
354 670	Richard Meißner	6. 2. 68	1. 9. 02	Frankfurt a. M.
367 043	Willy Fritz Danum	28. 8. 93	1. 8. 09	Leipzig
420 238	Max Artur Jahr	8. 5. 77	5. 9. 09	Leipzig
306 053	Wihelm Schröder	1. 2. 84	6. 6. 08	Weslingen
447 926	Robert Walter	31. 6. 81	15. 5. 10	Ersbühn
364 121	Ida Silz	7. 9. 90	31. 7. 09	Eisenberg
398 638	Ostfah Horn	30. 1. 60	2. 3. 01	Werdau a. S.
483 561	Katharina Wüttner	30. 5. 78	10. 4. 11	Wairauß
279 160	Jugo Krause	24. 6. 85	3. 12. 07	Erfurt
371 885	Marie Widjinger	18. 11. 92	5. 8. 09	Hünberg
439 321	Ludwig Stawowoy	8. 8. 86	20. 11. 10	Beuthen
485 735	Ostfah Gläubig	6. 3. 67	1. 4. 11	Dommigsh
369 863	Gregor Adler	23. 11. 82	24. 10. 09	Altwater

Karten-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetreten in
243 018	Johann Peflinski	12. 12. 75	20. 7. 12	Tangermünde
231 462	Walter Kahle	21. 7. 89	14. 2. 12	Berlin
213 801	Paul Fritz	15. 11. 89	13. 11. 11	Berlin
199 493	Ralentin Dietrich	3. 11. 91	20. 10. 11	Bernburg
276 439	Fritz Köneberg	20. 3. 94	22. 5. 12	Düßeldorf
244 461	Heinrich Wiedemeier	25. 11. 81	23. 2. 12	Düßeldorf
302 509	Richard Kurt Schubert	24. 5. 85	10. 7. 11	Deisnig
200 050	Arno Bernhard Wächter	1. 8. 84	29. 9. 11	Chemnitz
214 061	Paul Gläubig	21. 1. 67	27. 1. 12	Reudersburg
160 417	Katharina Reichmann	12. 8. 11	12. 8. 11	Reudersburg
212 175	F. v. Berg	31. 10. 88	10. 10. 11	Bremen

Wiedergefunden und wieder gültig sind

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Eintrittsdatum	Eingetreten in
332 443	Heinrich Wuttke	28. 6. 08	Coswig i. A.

Karten-Nr. 269 052 Otto Strypfisch 6. 6. 12 Coswig i. A.

Ausgeschlossen wurde das Mitglied der Zahlstelle: Breslau: Ernst Plante, Buch-Nr. 346 907. Halle a. d. S. Hermann Richter, Buch-Nr. 366 489.

Eingegangen

ist die Zahlstelle Trossdorf.

Neue Adressen und Adressen-Veränderungen.
Zinnewalde. Otto Brämisch, Forststraße 12.

Inerate.

Die jetzige Adresse des Kollegen Johann Sista, auch Siska genannt, geb. am 20. Februar 1867 zu Königsberg, Karten-Nr. 261 227, wird nach Harburg a. d. E., Sand 1, 1. Etage, verlesen.

Chemische Industrie

Wie es gemacht wird.

Die Unternehmer der chemischen Industrie sind eifrig und nicht ganz ohne Erfolg bemüht, ihre rücksichtslose Arbeiterfeindschaft unter einem faßenscheinigen sozialen Mäntelchen zu verpacken. Es ist auch anzuerkennen, daß die chemischen Kapitalisten bei diesen Bemühungen ein erhebliches Maß von Geschicklichkeit beweisen. Sie haben allerdings auch zahlreiche Hilfsmittel und unverfügbare Geldquellen, so daß ihnen in der Beeinflussung der Öffentlichkeit die Grenzen sehr weit gezogen sind. Deshalb nimmt es auch gar nicht wunder, daß die Herren um Duisberg einen ganzen Stab von mehr oder minder begabten Jüngern der Wissenschaft in ihre Dienste stellen und mit der Vertiefung ihrer Interessen beauftragen können. Daß und in welchem Umfange das geschieht, haben wir wiederholt angebeutet.

Selbstverständlich müssen die wissenschaftlichen Profitpolitisten ihr Geld rechtlich verdienen. Es ist sogar anzunehmen, daß ihnen das Leben herzlich teuer wird, denn es ist nicht immer leicht, eine Sache zu verteidigen, die mit ethischen Mitteln einfach nicht zu verteidigen ist. Es gehört eine gewisse „Elastizität des Gewissens“ dazu, die nicht jedermanns Sache ist. Auf der andern Seite ist auch zu berücksichtigen, daß die chemischen/Kapitalisten nicht knausern, wenn es gilt, solche Dienste zu belohnen.

Um so mehr knausern die Herren an und bei den Arbeiterlöhnen. Es ist eine nicht wegzuleugnende Tatsache, daß zahlreich gut rentierende Betriebe der chemischen Industrie ihre Arbeiter mit Löhnen abspießen, die geradezu jämmerlich genannt werden müssen. Für diese Tatsache haben nicht nur die Untersuchungen des Verbandes der Fabrikarbeiter zahlreiche Belege gebracht, auch in amtlichen Erhebungen sind die schlechten Lohnverhältnisse der chemischen Industrie wiederholt konstatiert und hervorgehoben worden.

Trotzdem oder gerade deswegen macht die „Chemische Industrie“ in einer der letzten Nummern den Versuch, diese Tatsache aus der Welt zu schreiben. Allerdings ist es ein recht untauglicher Versuch geworden. Das Unternehmerorgan will nämlich das in der Schrift unseres Verbandes „Die Gefahren der Arbeit...“ niedergelegte Material über die Arbeitslöhne in der chemischen Industrie, das sich zum größten Teil auf amtliche Erhebungen stützt, abführen mit einigen Zahlen über die Durchschnittslöhne in der Farbenfabrik von Bayer u. Co. in Elberfeld-Levelaufen. Das ist schon deshalb ein unfinnisches Beginnen, weil mit Angaben aus einem einzigen Betriebe gar nichts gegen die Angaben in der Schrift bewiesen werden kann. Selbst wenn die Arbeiter der Bayerischen Farbenfabriken im Gelde schwimmen, ist damit und dadurch nicht ausgeschlossen, daß die Arbeiter anderer chemischer Fabriken auf dem trocknen sitzen. Die „Chemische Industrie“ sagt allerdings, sie führe die Löhne in diesem Betriebe an, weil gerade die Elberfelder Farbenfabriken wegen ihrer **Hungerlöhne** in der sozialdemokratischen Presse häufig angegriffen werden. Das ist, mit Verlaub gesagt, eine Korrektur der Wahrheit. Nicht wegen ihrer „Hungerlöhne“, sondern wegen ihrer brutalen Arbeiterknebelung, ihrer rücksichtslosen Verwüstung der Arbeitergesundheit, ihrer Unterdrückung aller Menschenrechte werden die Elberfelder Farbenfabriken in erster Linie angegriffen. Aber das Unternehmerblatt braucht die Redensart von den „Hungerlöhnen“, um seiner unzureichenden „Statistik“ wenigstens den Schein einer Berechtigung zu verleihen.

Aber es bleibt nicht bei dieser einen Korrektur der Tatsachen. Die von uns den chemischen Kapitalisten und ihren Dienern schon wiederholt nachgewiesene Kunst der Zahlenfälschung zeigt sich auch bei den Angaben über die Bayerischen Löhne, und zwar gleich in der Einleitung. Der vierte Absatz lautet nämlich:

„In der nachstehenden Tabelle sind die durchschnittlichen Wochenverdienste der einzelnen Arbeiterkategorien ermittelt worden, indem die ausgesetzten Lohnsummen durch die Zahl der normalen Arbeitsstunden pro Woche dividiert wurde.“

Man beachte den Kniff: die ausgesetzten Lohnsummen wurden nicht durch die Zahl der tatsächlich geleisteten, sondern durch die Zahl der „normalen“ Arbeitsstunden dividiert. Was dabei herauskommen kann, mag ein Beispiel zeigen. Geseht, ein Arbeiter verdient in 84 Wochenstunden — soviel werden in chemischen Fabriken häufig geleistet — 32,60 oder pro Stunde 40 Pf. Seine „normale“ Arbeitszeit sind $6 \times 9 = 54$ Wochenstunden. Wird der ausbezahlte Lohn durch diese Zahl dividiert, dann beträgt der Stundenverdienst nicht 40, sondern reichlich 60 Pf. Die Differenz wird praktisch nicht immer so groß sein, aber die Berechnung nach dieser Methode führt stets irre. Aber das ist ja auch der Zweck solcher Schönfärbereien. Will das Unternehmerblatt die Öffentlichkeit wirklich über die Löhne in der chemischen Industrie unterrichten, so soll es die tatsächlich verdienten Löhne mit den tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden zusammen veröffentlichen und vergleichen.

Die Statistik über die Elberfelder Farbenfabriklöhne ist also irreführend. Sehen wir uns nun die Ergebnisse kurz an. Nach der Zusammenstellung verdienen durchschnittlich im zweiten Vierteljahr 1911

	Zahl	Wochenverdienst
Handwerker	1170	32,75 M.
Fabrikationsarbeiter	1803	29,41 "
Hilfsarbeiter in Handwerkerbetrieben	731	29,41 "
Nichtollarbeiter	199	16,04 "
Jugendliche (unter 16 Jahre)	188	9,68 "
Arbeiterinnen (über 16 Jahren)	425	13,34 "
Arbeiterinnen (unter 16 Jahren)	130	9,87 "

Nach dieser Tabelle erscheint der Wochenverdienst der Arbeiter leidlich, obwohl er den Millionengewinnen des Betriebes und der ungefinden Arbeit bei weitem nicht entspricht. Dagegen ist die Entlohnung der „Industrietruppe“ und der Jugendlichen geradezu schäbig. Bei Verteilung der angelegenen Löhne ist aber nicht nur der oben schon gekennzeichnete statistische Kniff, der den Verdienst der Ueberstunden in den Normallohn einrechnet, in Betracht zu ziehen, sondern auch die gerade in diesem Betriebe außerordentlich weitgehende Ausnutzung der Arbeiter durch raffiniert ausgeführte

Affordsysteme. Wir sind in der angenehmen Lage, an einem schlagenden Beispiel zeigen zu können — mit welchem Raffinement und mit welcher Rücksichtslosigkeit gerade in den Elberfelder Farbenfabriken die Arbeiter verbraucht werden. Der bekannte günstige Wind, der uns soviel aus dem Geheimnis unserer Unternehmungen zückte, wehte uns unter anderem auch einen Bericht zu, den ein Betriebsabteilungsleiter der Farbwerke an die Direktion erstattete. Wir bringen aus dem in mancher Hinsicht interessanten Schriftstück nachstehend einen kurzen Auszug.

Der Abteilungsleiter berichtet zunächst, daß seine Abteilung unter dem Arbeiterwechsel nur wenig gelitten hat, denn von seinen 28 Mann hätten nur 20 gewechselt. (Man beachte, daß der Berichterstatter den Wechsel von zwei Dritteln der Belegschaft noch als günstig ansieht.) Den Grund, daß überhaupt soviel im Betriebe gewechselt wird, sieht er in den unzureichenden Einstellungslohn. „Bei 36 Pf. Stundenlohn und ungewohnter, daher anstrengender Arbeit läßt sich ein jüngerer Mann wohl nur zu leicht verleiten, die Flinte ins Korn zu werfen“, erklärt er. Nach diesem submissiven Hinweis auf die niedrigen Anfangslöhne befürwortet und lobt er die Affordarbeit, die nicht nur dem Arbeiter einen besseren Lohn, sondern auch der Firma höheren Profit sichert. Er meint, es sei „sehr interessant, zu verfolgen, was man bei einer gesteigerten, guten Bezahlung aus seinen Leuten herauszuholen vermag“. Er erläutert das dann an einem Beispiel wie folgt:

„Bei der Affordgruppe, welche das heruntergelassene Np durch Delantieren reinigt, waren im Jahre 1906 bei voller Fabrikation sechs Leute in Tag- und Nachtschicht beschäftigt. Ging das Geschäft schwächer, so mußten die Leute entlassen oder überwiesen werden. Um diesem für den Betriebsführer unangenehmen Zustande ein Ende zu machen, schlug ich 4 von den damals beschäftigten Leuten vor, die ganze Arbeit in Afford zu nehmen, und zwar unter Wegfall der Nachtschicht. Mein Vorschlag wurde angenommen und durchgeführt, wenn auch die Leute manchmal bis zu vierzehn Stunden am Tage sich zu plagen hatten. Mit der Zeit gewöhnte man sich jedoch daran, das gewünschte Arbeitsquantum in einer ziemlich normalen Zeit zu erledigen. Ja, als die an die Fabrik gestellten Anforderungen größer wurden, brachten die Leute statt acht Parteien auch zehn Parteien heraus, natürlich bei einem besseren Verdienst. Guter Rat wurde aber teuer, als die Direktion verlangte, daß kein Arbeiter länger als elf Stunden in der Fabrik beschäftigt sein dürfe. Da sich meine Leute ihren guten Verdienst nicht gern entgehen lassen wollten, andererseits aber die zu leistende Arbeit in elf Stunden tatsächlich nicht geleistet werden konnte, so beschloßen sie, sich in zwei Gruppen zu trennen. Die eine Gruppe beginnt morgens um 6 Uhr und geht um 6 Uhr abends nach Hause, die andere arbeitet dagegen von 8 1/2 bis 8 1/2 Uhr. Ich freute mich über den verständlichen Vorschlag der Leute und habe keine Annahme nicht zu bereuen gehabt; es wird einwandfreie Arbeit verrichtet. Aber — nur das möchte ich betonen — mehr noch als den Affordleuten, sei es die Sulfur- oder Delantiergruppe, herauszuholen, wird nicht gut möglich sein.“

Die Schilderung zeigt zunächst, mit welcher Rücksichtslosigkeit die Arbeiter ausgebeutet und angetrieben wurden. Bis zu vierzehn Stunden täglicher Plage gibt der Berichterstatter offen zu, und der wird gewiß eher zu wenig als zu viel angeben. Später haben die Arbeiter sich so an die Schinderei gewöhnt, daß sie ihr Quantum in einer „ziemlich normalen“ Zeit herausbrachten. Was unter einer „ziemlich“ normalen Zeit zu verstehen ist, erhellt aus der weiteren Bemerkung, daß die Reduktion der zulässigen Arbeitszeit auf elf Stunden — die, nebenbei bemerkt, auch heute noch durchaus nicht innegehalten wird — Verlegenheiten brachte. Die „ziemlich normale“ Arbeitszeit betrug danach zirka zwölf bis dreizehn Stunden. Nach der Effizienzverordnung wurde sie dann auf elf Stunden herabgemindert, gleichzeitig und dadurch aber die Arbeitsleistung der Arbeiter so gesteigert, daß selbst der Betriebsleiter zugibt, daß mehr nicht gut „herauszuholen“ ist.

Der Bericht zieht dann das Fazit dieser Verrückung. Das scheint uns so wichtig, daß wir es, der besseren Uebersichtlichkeit halber und unter Beifügung der Verhältniszahlen in folgender Tabelle zusammenfassen:

Jahr	Zahl der Arbeiter	In einer Woche verarbeitete Produkte (Naphthol, u. Anilin)		In einer Woche ausbezahlter Lohn		Produktlohn auf je 1000 kg verarbeitete Produkte
		insgesamt	pro Arbeit.	insgesamt	pro Arbeit.	
1906	6	406 000 kg	67 777 kg	171 M.	28,50 M.	42,9
1908	5	559 000 "	111 800 "	160 "	32,—" "	29 "
1910	4	610 000 "	152 500 "	148 "	37,—" "	24 "
Steigerung +	—	+ 204 000	+ 84 723	—	+ 8,50 M.	—
		gleich 50% gl.	125 % gl.	—	gleich 30% gl.	—
Rückgang —	—	—	—	— 23 gleich	—	— 18
		—	—	13 1/2 % gl.	—	gl. 43 % gl.

Diese Tabelle ist außerordentlich lehrreich. Sie zeigt das Raffinement kapitalistischer Ausbeutung wie ein Schulbeispiel. Innerhalb vier Jahren wurde ohne jede technische Verbesserung des Arbeitsprozesses, lediglich durch verschärfte Anspannung der Arbeitskräfte, die Leistung des einzelnen Arbeiters um 125 Prozent erhöht, also mehr als verdoppelt. Zwar stieg der Arbeitslohn gleichzeitig mit, aber nur um 30 Prozent, also ganz unproportionalmäßig weniger als die Arbeitsleistung. Der absolute Lohn sank sogar um mehr als 13 Prozent, obgleich die absolute Arbeitsleistung um 50 Prozent stieg. Im Jahre 1906 kosteten 1000 Kilogramm verarbeiteter Produkte 42 Pf., zwei Jahre später 29 Pf. und 1910 nur noch 24 Pf. Man sieht, der Betriebsleiter hat recht, wenn er meint, es sei „interessant“, wieviel man aus dem Arbeiter „herauszuholen“ kann. Allerdings wird bei der Gelegenheit dem Arbeiter auch das Wort aus den Knochen „herausgeholt“, Gesundheit und Leben der Arbeiter werden bei der rücksichtslosen Sach auf Spiel gesetzt. Denn es handelt sich bei der angesprochenen Gruppe um Arbeiter, die mit außerordentlich giftigen und gefährlichen Stoffen (Anilin, Schwefelsäure) arbeiten müssen, für die deshalb die äußerste Anspannung aller Kräfte, wie sie durch die Affordarbeit erreicht werden soll, und auch, wie das Beispiel zeigt, erreicht wird, die schwersten Gefahren herbeiführen kann.

Doch das scheint manche Herren in der chemischen Industrie wenig zu kümmern. Mögen die Arbeiter zugrunde gehen, wenn nur die Dividenden steigen. Und die steigen. —

Die Schärfschärfe der chemischen Industrie an der Arbeit. In Nr. 30 des „Proletariats“ haben wir bereits ein Rundschreiben des Fragebogen der Sozialpolitischen Kommission des „Bereits zur

Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands“ veröffentlicht. Besonders das Rundschreiben legte Zeugnis ab von der Aufmerksamkeit, mit der die chemischen Unternehmer das Wachstum und die Agitation des Fabrikarbeiterverbandes verfolgten. Sie suchten, durch letztere eine Beeinträchtigung der Prosperität der chemischen Industrie. Diese Furcht kam erneut zum Ausdruck in einer Sitzung der Sozialpolitischen Kommission am 3. Juli 1912 in Berlin. Kein geringerer als Dr. Böttger, dessen Einkommen aus Aktienbesitz der Elberfelder Farbwerke allein dreihundert Millionen Mark jährlich beträgt, leitete die Sitzung, die sich mit der Agitation der Arbeiterorganisationen gegen die Unternehmungen der chemischen Industrie beschäftigte. Das Referat hatte der bekannte Kommerzienrat Dr. Goldschmidt-Effen übernommen. Er führte aus, daß neben den Gefahren, denen der Profit der Unternehmer ausgesetzt ist, der Einfluß der Organisation auch für die chemischen Arbeiter (?) nachteilig sein würde. Dann fragte er über den Terrorismus der freien Gewerkschaften, die mit den härtesten Mitteln gegen unorganisierte Arbeiter vorgehen, um sie in die Organisation zu zwingen. Den Unternehmern kleinerer Betriebe diktieren sie angeblich, daß sie nur Arbeiter der sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen beschäftigen dürfen. Nachweilen kann Goldschmidt unsern Verband derartige Forderungen selbstverständlich nicht. Wohl aber können wir dem Referenten nachweisen, daß er der schlimmste Terrorist gegenüber denjenigen Arbeitern ist, die Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes sind, werden wollen oder dessen Versammlungen besuchen.

Die Unternehmer der chemischen Industrie jammern über den Terrorismus der Gewerkschaften, lassen dabei aber ganz, daß ihre Kartell- und Fusionspolitik an dem schlimmsten Terrorismus aufgebaut ist.

Die Ausführungen Goldschmidts richteten sich dann gegen die Einführung der Tarifverträge. Dabei zitiert er einige aus dem Zusammenhang gerissene Sätze eines Artikels von Adolf Braun über „Tarife und Klassenkampf“. Goldschmidts Ausführungen gipfeln darin, daß der Arbeitgeber nur mit Vertretern seiner Arbeiter verhandeln soll. Als geeignet zur Vertretung eignen sich die Werkvereine, vorausgesetzt, daß man im allgemeinen es mit einer ruhigen und wenigstens teilweise ständigen Arbeiterchaft zu tun hat. Deshalb müsse sich die nächste Hauptversammlung des „Bereits zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie“ mit der Frage der Werkvereine beschäftigen.

Einschichtig war die Kommission der Ansicht, daß die Bestrebungen der Gewerkschaften, hauptsächlich des Fabrikarbeiterverbandes, für das Gedeihen der chemischen Industrie und für die in ihr beschaffte Arbeiterchaft (Huh, huh!) überaus gefährlich seien. Die Berechtigung einer Agitation in der chemischen Industrie könne nicht anerkannt werden, da im allgemeinen in der chemischen Industrie sehr viel für die gute Gestaltung des Arbeitsverhältnisses geschehen sei.

Wir glauben Herrn Goldschmidt ganz gern, daß er unsrer Agitation die Berechtigung abspricht. Wir warten aber nicht, bis er eine solche anerkennt. Wir werden, und zwar gerade, weil Goldschmidt es mißbilligt, in unserm Beginnen fortfahren. Wir betonen aber, daß es millionenschweren chemischen Kapitalisten sehr schlecht ansteht, über den angeblichen Terrorismus der Gewerkschaften zu schelten. Wer im Glashaufe sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!

Die nächste Hauptversammlung wird sich mit der Frage der Werkvereine beschäftigen. Wenn die chemischen Unternehmer an ihrem Schicksal und mit ihren schmerzhaften Bestrebungen an ihrem Schicksal teilzunehmen wollen!

Warum bauen die Unternehmer Werkwohnungen?

Eine sonderbare Auffassung, die aber, soweit wir wissen, von verschiedenen Industriellen geteilt wird, hat Direktor Gramm der Alkaliwerke Ronnenberg über die Einwohner der Werkwohnungen. Nach seiner Meinung müssen die erwachsenen Söhne der Kolonisten entweder bei ihm im Betriebe arbeiten oder von ihren Eltern ausziehen. In einer Notiz des Hannoverischen „Volkswillens“ wurde diese Auffassung öffentlich festgelegt. Hierauf sandte Direktor Gramm eine Verächtigung, der wir folgende Sätze entnehmen:

„Wie es mit unsern Wohnheim-Einrichtungen aussieht, möge jeder Leser daran selbst erkennen, daß wir für eine Wohnung, bestehend aus vier Räumen und zwei Kellern, dazu Stall und Garten, die mehr als 6000 Mk. gekostet hat, 144 Mk. Miete pro Jahr fordern. Wenn wir bei solch geringer Verzinsung unsern Kapital nicht auch noch gestatten, daß Arbeiter, welche in fremden Betrieben beschäftigt sind, in unsern Wohnungen in Kost und Logis genommen werden, so dürfte uns das kein vernünftiger Mensch bezagen. Als Arbeiter müssen aber auch die Kinder unserer Mieter für uns gelten, falls sie als solche oder als Handwerker in anderen Betrieben beschäftigt sind, während sie die gleiche Beschäftigung bei uns finden können.“

Herr Gramm hält an der Auffassung, das Verfügungsrecht auch über die erwachsenen Söhne der mit Haut und Haaren vererbten Kolonisten zu haben, fest. Als Direktor Gramm diese Verächtigung vom Stapel ließ, hat er jedenfalls nicht daran gedacht, daß in Deutschland Freizügigkeit für gewerbliche Arbeiter herrscht.

Kein Musterbetrieb.

Wenig musterhafte Zustände herrschen bei der Aktien-Gesellschaft vormals Siedemantel in Orlau. Der Betrieb ist nach jeder Richtung hin vernachlässigt. Geradezu Hungerlöhne werden gezahlt; 2,20—2,50 Mark ist der durchschnittliche Tagelohn für Männer, 1,20 bis 1,50 Mark für Frauen. Dem Lohn entsprechend sind auch die sanitären Einrichtungen. In zwei kleinen Räumen, in denen sich je 10 Schränke befinden, sollen die Frauen und Männer ihre Sachen aufbewahren. Da die Firma aber 70 Personen beschäftigt, sind viele gezwungen, ihre Kleider in den Betriebsräumen aufzuhängen und sie dem Staub und den Dämpfen sowie den hunderten herumlaufenden Schwaben und Mäusen auszuliefern, die ihnen das unangenehmste Brot bringen. Der Speiseraum und die darin sich befindlichen Mensen, Tische und Bänke, sind von einer dicken Schmutzschicht bedeckt, so daß sie nicht benutzt werden können. Die Arbeiter ziehen deshalb vor, in Betrieben ihre Speisen einzunehmen. Auch die Aborte hatten jeder Beschäftigung. Geht man hinein, so überhand nicht. Bei Benutzung derselben sind Schwaben, Mäuse und Fliegen stets die ständigen Begleiter. Eine Aborteinrichtung ist nicht vorhanden. Die Wasserleitung liegt schon jahrelang brach, denn es gibt kein Wasser. Die Arbeiter müssen mit dem beschnittenen Körper nach Hause gehen, wenn sie nicht in der nahegelegenen Oder sich des Schmutzes entledigen wollen. Für die Gewerkschaften ergibt sich hier ein dankebares Arbeitsfeld. Eine gute Organisation wäre der Arbeiterchaft vonnöten, aber die Arbeiter hegen beim Anblick an diese die ständige Furcht, entlassen zu werden. Wenn sie sich jedoch einmütig dem Verband der Fabrikarbeiter anschließen, wird der Unternehmer sich hüten, zu Entlassungen zu greifen. Daß die Organisation als solche gesichert wird, beweist der Umstand, daß sich Vorarbeiter und Unternehmer die größte Mühe geben, die Organisation der Arbeiter zu verhindern. Ein lehrreiches Beispiel sei angeführt: Von der Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes Orlau wurde ein Flugblatt herausgegeben, welches unter die im Betriebe beschäftigten Arbeiter zur Verteilung gelangte. Gleich wurde es dem Unternehmer durch die Vorarbeiter übermittelt und nach dem Stempel, der es verteilt hatte, geforscht, jedoch ohne Erfolg. Der Unternehmer machte gleich erhebliche Lohnzulagen, aber nur die Maschinenisten und einige Betriebsarbeiter erhielten sie, während die andern Arbeiter leer ausgingen. Solche Ungerechtigkeiten wären unmöglich, wenn die Arbeiterchaft geschlossen dem Verbands angehörte.

Unfall-Diö.

Am 27. August verunglückte der Arbeiter Anton Loh in der chemischen Fabrik Bestheier in Ludwigshafen am Rhein. Loh hatte die Säureleitungen zu bedienen. Zum Auslösen der kohlensauren Säure steuerte ein eiserner Steger. Loh hat diesen Steger wahrscheinlich in die nicht zugedachte Stellung fallen lassen, wodurch er mit herumgeschleudert wurde und Loh schwer verletzete. Der Steger drang Loh in die rechte Brustseite und verursachte eine große Wunde. Der Schlag erfolgte mit solcher Wucht, daß Loh zirka drei Meter weit zurückgeworfen wurde. Hatte die

Schleuder einen den Vorschriften der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie entsprechenden Verschlussdeckel, so wäre der Unfall unmöglich.

Der Betrieb Venkieser, in dem keine organisierten Arbeiter gebildet werden sollen, klettert außerordentlich viel Unfälle. Kurz vor Pfingsten geriet ein Arbeiter in die Transmission, so daß er heute noch arbeitsunfähig ist. Am 10. oder 11. Juli verunglückte der Arbeiter Hertel an der Presse. Umweit der Presse befindet sich ein Loch im Fußboden, das zur Entfernung des jungen Prestigens dient. Dieses Loch war nur mangelhaft abgedeckt. Als Hertel bei der Arbeit auf die dünne Deckabdeckung trat, brach er durch und fiel circa 5 Meter tief hinab, wobei er sich eine Fußverletzung zuzog. Auch er ist heute noch nicht arbeitsfähig. Alle drei Unfälle konnten vermieden werden, wenn die selbstverständlichen Vorsichtsmaßregeln beachtet worden wären. Aber das könnte ja etwas Geld kosten.

Zement- und Ziegel-Industrie

Die gelbe Seuche in Sicht?

Das allmähliche Erstarren der Organisation unter den Ziegelerarbeitern bereitet den Ziegeleibesitzern nicht geringe Sorgen. Sie sehen schon die Zeit heraufziehen, wo die heute noch so willigen Arbeitsbienen das ihnen so lange vorenthalte Brot und Recht mit Entschiedenheit fordern und erzwingen. Um diese Gefahr zu verhindern oder doch möglichst zurückzubannen, beschließen die verschiedenen Ziegeleibesitzerkorporationen kürzlich, die Ziegelerarbeiter in „vaterländische Arbeitervereine“ zu lösen. Damit ist der Charakter und die Aufgabe dieser Vereine schon im voraus festgelegt. Eine Arbeiterorganisation, die von Unternehmern gegründet, gefördert und unterstützt wird, kann niemals die Interessen der Arbeiter wahrnehmen; sie ist und bleibt der Hort des Selbsts.

Diese gelbe „vaterländische“ Seuche hat sich nun anscheinend Hannover zu ihrem Ausgangspunkt erdoren. Ein Zirkular, das kürzlich an die Ziegeleibesitzer verfaßt wurde und das der bekannte günstige Wind auch uns zuführte, läßt das wenigstens stark vermuten. Wir lassen den Inhalt des Zirkulars im wesentlichen hier folgen. Er lautet:

„An die geehrten Herren Ziegeleibesitzer!

Es wird Ihnen genügend bekannt sein, daß schon im Jahre 1910, besonders aber im vorigen Jahre, die Sozialdemokratie bzw. die Arbeiterorganisationen, die unter deren Fahne marschieren, mit allen erdenklichen Mitteln gearbeitet haben, um die Ziegler dahin zu bringen, ihren vererblichen Verbänden beizutreten. Es ist mehrfach vorgekommen, daß große Massen von Flugblättern unter den Ziegler verbreitet wurden und daß Agitatoren sich heimlich in Ziegeleien eingeschlichen haben, um sich an die Ziegler heranzumachen (wie schrecklich! D. W.) und dieselben durch allerlei Erzählungen unzufrieden zu machen und für ihre Zwecke zu gewinnen. Leider ist solches bereits in verschiedenen Bezirken mit Erfolg geschehen. Diesem vererblichen Treiben muß mit allen erdenklichen Mitteln entgegengetreten und alles aufgeboten werden, um zu verhindern, daß deren umhülende Ideen in den Reihen der Ziegler Fuß zu fassen vermögen.

In den Versammlungen der diesseitigen Ziegelbeamten- und Zieglervereine sind wir zu dem Schlusse gekommen, daß zunächst die Fachpresse dazu berufen ist, die Ziegler über ihre wahren Interessen aufzuklären und dieselben solchen Organisationen zuzuführen, welche den Wählern der Sozialdemokraten entgegengetreten. Des ferneren soll zu gegebener Zeit durch geeignete Flugblätter für Aufklärung gesorgt und drittens da, wo es nötig, durch von uns ausgebildete Redner den Sozialdemokraten entgegengetreten werden.

Die Tätigkeit unseres Verbandes hat bisher in dieser Beziehung schon manch schönen Erfolg gehabt; eine große Zahl ehrlicher Ziegler hat sich unserem Verbande, dem „Verbande deutscher Ziegler in Hannover“, welcher mit den Ziegelbeamten und Ziegeleibesitzern Hand in Hand arbeitet, angeschlossen. Unsere Zeitung ist als Fachorgan ganz besonders geeignet, den extremen Bestrebungen entgegenzuarbeiten, weil es sowohl das Organ des „Deutschen Ziegelbeamtenverbandes“, des „Deutschen Ziegelmeisterverbandes“ als auch des „Verbandes deutscher Ziegler in Hannover“ ist. Es ermöglicht den Ziegelbeamten an Hand ihrer engen Fühlung mit den Ziegler, die letzteren über ihre wahren Interessen aufzuklären, indem sie die Zeitung mit den aufklärenden Schriftstücken unter denselben zirkulieren lassen.“

Will man dem Zirkular Glauben schenken, so wäre mit der Gründung des Verbandes deutscher Ziegler in Hannover die vaterländische Seuche ins Leben getreten und der Beschluß der Ziegeleibesitzer ins Stadium der Verwirklichung gerückt. Wir erlauben uns aber, an der „großen Zahl der ehrlichen Ziegler“, die sich dem gelben Verbande angeschlossen haben soll, gefundene Zweifel zu hegen. Bis jetzt haben wir nämlich außer dem Namen von dieser Gesellschaft noch nichts bemerkt, so daß angenommen werden darf, daß die „große Zahl ehrlicher Ziegler“ noch nicht einmal auf dem Papier, sondern nur in dem staubigen Hirnflaß einiger Unternehmerbildlinge existiert. Sollten aber wirklich einige „ehrliche Ziegler“ zum mindesten recht unangebracht, „ehrliche Schmeichelei“ wäre da wohl treffender.

Deswegen darf die Seuche aber keineswegs unbeachtet bleiben. Das Zirkular, das wohl sämtlichen Ziegeleibesitzern zugegangen ist, fordert zur Unterstützung der gelben Sache das Abonnement der „Ziegler-Zeitung“, die dann in den Kassenbüchern der Ziegeleibesitzer angelegt werden soll, um so „aufklärend“ zu wirken. Die „Ziegler-Zeitung“ ist das Organ der obengenannten Korporationen und erscheint im Verlag eines ehemaligen Ziegelmeisters Hundeniel in Hannover. Welche Art Unterstützung diese „Ziegler-Zeitung“ unter den Ziegeleibesitzern schaffen will, wurde schon in Nr. 34 des „Proletarier“ nachgewiesen, und auch das Zirkular läßt ahnen, welche Sorte geistige Kost den Ziegler da serviert werden soll. Aber ein Beispiel, wie der gelbe Verband deutscher Ziegler die Interessen der Ziegeleibesitzer zu wahren gedenkt, möge demnach hier Platz finden.

In Nr. 25 der „Ziegler-Zeitung“ vom 29. Juni d. J. wird den „ehrlichen Ziegler“ über die Tagung der Ziegeleibesitzerverbände in Wiesbaden berichtet, in der auch über die Arbeiterorganisation in der Zementindustrie viel geredet wurde. Der Vorsitzende, Herr Carl Schmidt aus Weimar, bemerkte zu diesem Thema wörtlich: „Dank der Tätigkeit der Deutschen Zementarbeitervereine

ist es heute leicht, ungelernete Arbeiter zu besorgen.“ Und als der Vertrauensmann der heffischen Ziegeleibesitzer, Herr Küder aus Weinsheim bei Worms, behauptet, daß der Legitimationszwang für ausländische Arbeiter nicht auch in allen süddeutschen Staaten eingeführt sei, versprach der Vorsitzende, darauf hinzuwirken, daß dies geschehe. Der Legitimationszwang ist nun für die ausländischen Arbeiter diejenige Fessel, die sie unter allen Umständen an den Betrieb fesselt und dadurch die notwendige Forderung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hindert oder doch hemmt. Diese Maßnahme, die bislang nur in den norddeutschen Staaten gelbt wurde, soll jetzt — die Ziegeleibesitzer wünschen es wenigstens — im ganzen Reich eingeführt werden, damit die geringe Besserung, die den Ziegeleibesitzern durch unsere Organisation alljährlich abgerungen wurde, eine weitere Erschwerung und Einschränkung erfährt. Daß dies nicht im Interesse der Ziegeleiarbeiter liegt, dürfte auch der Zeitung der „Ziegler-Zeitung“ bekannt sein. Herr Hundeniel, der nicht nur Vorsitzender des „Deutschen Ziegeleibesitzer-Verbandes“, sondern auch Vorsitzender des „Verbandes deutscher Ziegler“ ist, findet aber zu dieser erweiterten Arbeiternebelung kein Wortchen der Kritik; im Gegenteil, er meint dazu: „Es ist mit Freuden zu begrüßen, daß diese notwendige Frage endlich zur Verhandlung gelangte.“ Dieser Vorrede der „großen Zahl ehrlicher Ziegler“ begrüßt es also, wenn die Ziegeleibesitzer immer neue Mittel ausfinden, um die Ziegeleiarbeiter niederzuhalten. Die „ehrlichen Ziegler“, die sich einen solchen Menschen zum Vorsitzenden erdoren haben, sind des Mitleids aller denkenden Menschen würdig.

Unsere Behauptung, daß der neugeborene gelbe „Verband deutscher Ziegler“ nur als Schutztruppe der Ziegeleibesitzer gedacht ist, findet ihre Bestätigung auch schon in dem erwähnten Zirkular, in dem es offen heißt: „Eine längst erwiesene Tatsache ist es, daß die Ziegeleibesitzer an den Bestrebungen der unterfertigten Verbände und der „Ziegler-Zeitung“ ein ganz unberechenbar großes Interesse haben.“ Das sagt wohl genug, denn an der Besserung der Existenzbedingungen der Ziegeleiarbeiter haben die Ziegeleibesitzer noch nie Interesse gezeigt; das „unberechenbar große Interesse“ war noch stets auf die Steigerung ihres Profits gerichtet. Daß unter diesen Umständen das Hundenielsche Verbändchen irgendwelche Bedeutung erlangt, kann als ausgeschlossen gelten. Außer einigen zweifelhaften Elementen dürfte der gute Mann recht wenig Gewinnorganisationen unter den Ziegeleiarbeitern finden. Der Auffklärung, der in der „Ziegler-Zeitung“ den Arbeitern geboten wird, ist derart, daß auch der Ziegeleiarbeiter mit dem beschränktesten Untertanenverstand herausfindet, wohin die Reise des „Verbandes deutscher Ziegler“ gehen soll. Um aber hin und wieder etwas zur Erheiterung unserer Kollegen beizutragen, werden wir es nicht unterlassen, das Zeug unter die Lupe zu nehmen. Wenn dann die von Hundeniel zu züchtenden Redner auf demselben Beete wachsen wie dieser Auffklärung, so besteht keine Aussicht, daß der gute Mann als Vorsitzender mit Arbeit überlastet wird, denn die Ziegeleiarbeiter werden sich weiter dem „vererblichen“ Fabrikarbeiterverbande anschließen, der ihnen schon gewaltige Vorteile errungen hat und auch die Garantie bietet, das ihnen zustehende Maß von Menschenrecht und Menschenwürde zu erringen.

Gewinne der Zementindustrie im Jahre 1911.

Das Jahr 1911 war auch für die Zementindustrie gewinnbringend. Mit wenigen Ausnahmen haben alle Werke gegen das Vorjahr eine Steigerung des Reingewinns und dementsprechend auch eine Erhöhung des Dividendenbetrags zu verzeichnen. Wo der Gewinn stabil blieb oder gar zurückging, ist dies auf größere Abschreibungen oder Reserveumlagen, auf Anbenerwerb, Betriebserweiterung usw. zurückzuführen, so daß die geringeren Gewinnsteuern nicht als ein schlechtes Geschäftsergebnis anzusehen sind. Wir lassen die hauptsächlichsten Gewinne hier folgen. Es erzielten die:

Aktiengesellschaft	Reingewinn in Mark		Dividenden in Proz.	
	1910	1911	1910	1911
Porz.-Zementfabr. Stadt Oepeln	25 000	32 993	0	0
Porz.-Zementfabr. Berka a. M.	8 449	39 008	0	2
Gejeler Kalk- u. Zementwerk „Monopol“	37 588	42 383	6	8
Wiesbarger Portland-Zementfabrik Kronenberg	58 179	46 038	6	6
Porz.-Zementfabrik Kietleben	—	54 975	0	3
Porz.-Zementfabrik „Anna“, Kautschum	17 307	56 219	0	0
Südd. Porz.-Zementfabrik Mühlengen	56 833	59 347	3	3
Wreitens. Porz.-Zementfabrik Lägerdorf	56 934	61 032	0	0
Oepeln-Krausendorfer Porz.-Zementfabrik	10 249	55 359	0	2
Porz.-Zementfabrik „Westfalen“, Bedum	54 938	67 801	6	5
Gröf. Porz.-Zementfabrik Großdömitz	59 213	82 167	1	1
Porz.-Zementfabrik „Roland“, Bedum	6 299	35 368	0	10
Porz.-Zementfabr. Berching	21 712	87 984	0	0
Porz.-Zementfabrik, vorm. Geisel, Oepeln	43 454	79 282	1	3
Porz.-Zementfabr. Elm	—	89 803	0	5
Porz.-Zementfabr. Lauffen a. N.	67 918	90 357	6	6
Porz.-Zementfabr. Lengerich i. B.	136 090	116 620	6	6
Porz.-Zementfabr. Bernburg	17 154	110 388	0	6
Porz.-Zementfabr. Sigtow	68 907	108 420	0	5
Porz.-Zementfabr. „Solten“, Neubetum	109 868	133 706	5	6
Porz.-Zementfabr. Oepeln	163 197	124 875	3	3
Porz.-Zementwerk Bombach i. B.	170 371	154 114	5	7
Porz.-Zementfabr. Oberrheinhessen	116 653	164 572	5	5
Hann. Industrieverein Steinhilberh. Porz.-Industrie Bedum	175 181	172 293	8	8
Porz.-Zementfabr. Marienstein	179 437	186 210	7	3
Porz.-Zementfabr. Döbesh.	111 073	186 360	3	5
Redaritz	76 822	175 010	5	10
Steiniger Porz.-Zementfabr.	173 250	193 115	11	11
Porz.-Zementfabr. „Garonia“, Glöhe	149 676	200 334	3/4	7
Porz.-Zementfabr. vorm. Grundmann, Oepeln	206 856	214 606	3	5
Porz.-Zementfabr. „Lentonia“, Altdorf	230 616	220 049	5	5
Porz.-Zementfabr. Wunstorf	201 264	220 449	0	0
Porz.-Zementfabr. „Rath“, Neubetum	220 451	224 463	6	4
Südd. Porz.-Zementfabr. Wiesburg	257 613	238 022	6	6
Porz.-Zementfabr. „Porto-Union“, Forst	57 117	222 709	0	5
Porz.-Zementfabr. Schmitzhaus	262 613	262 072	7	8
Porz.-Zementfabr. „Kaiser“, Geisle	23 206	264 652	5	5

Aktiengesellschaft	Reingewinn in Mark		Dividenden in Proz.	
	1910	1911	1910	1911
Porz.-Zementfabr. Reddinghausen	259 629	282 660	4	4
G. Gollaschger Zementwerk, Oepeln	324 748	325 960	12	12
Porz.-Zementfabr. Blaubeuren	277 243	339 001	6	8
Porz.-Zementfabr. Karstadt a. M.	294 687	400 548	5	7
Porz.-Zementfabr. Oberlöffel a. M.	390 042	431 139	12	14
Porz.-Zementfabr. Borwohle	431 202	517 197	12	15
Porz.-Zementfabr. Weß	441 133	602 510	5	8
Porz.-Zementfabr. Götzhöf	608 452	611 527	10	12
Porz.-Zementfabr. „Silezia“, Oepeln	329 959	701 302	4	8
Porz.-Zementfabr. Hemmoor	608 990	790 093	5	8
Porz.-Zementfabr. Groß-Sarhly	118 507	278 918	5	6
Alteische Porz.-Zementfabr.	1 558 504	2 648 602	12	15
Porz.-Zementfabr. Heilberg-M.	2 100 494	3 518 921	8	10

Das sind also die Gewinne, die aus den Knochen der sich bei Staub und Hitze abradenden Zementarbeiter gepreßt werden. Wie diese Gewinne erarbeitet und verteilt werden, ergibt sich recht anschaulich bei der Zementfabrik Hemmoor. In diesem Betriebe wurden 1911 insgesamt 950 Personen beschäftigt, die einen Reingewinn von 790 093 M. zu erarbeiten hatten. Das sind pro Kopf 831,67 M. oder pro Tag und Arbeiter 2,77 M. Reingewinn. Da der Durchschnittslohn pro Tag und Arbeiter 3 M. beträgt, so darf jeder einzelne Arbeiter für die mühselig-gehenden Aktionäre fast ebensoviel erarbeiten, wie er selbst für seine schwere, gesundheitschädliche Arbeit erhält. Hat ein Aktionär auch nur für 12 000 M. Aktien dieses Betriebes zum Nennwert gekauft, so erhielt er dafür im Jahre 1911 bei 8 Prozent Dividende 960 M.; er sadt also bei seinem Nichtstun mindestens ebensoviel ein wie der sich das ganze Jahr quälende Arbeiter. Noch besser aber stellen sich die Herren Direktoren und Aufsichtsräte. Diese Herren, fünf an der Zahl, erhielten nämlich außer Gehalt und Dividenden noch 90 923 M. Lohntieme. Das sind bei gleicher Teilung pro Person 18 184,60 M. oder zwanzigmal soviel an Einnahmen, als ein Arbeiter an Lohn erhält. Dieses Bild, das in allen Zementfabriken ähnlich zu finden ist, zeigt, wie schreiend ungerecht die Verteilung des Arbeitsertrags gehandhabt wird, und nur an der Arbeiterschaft ist es gelegen, sie gerechter zu gestalten. Mögen sie recht bald den Anfang machen — unsere Organisation bietet ihnen die Hand.

Ziegeleibesitzerliche Gewissenhaftigkeit.

Einer peinlichen Gewissenhaftigkeit beschäftigt sich zweifellos die „Deutsche Ziegeleibesitzer-Zeitung“, das Verbandsorgan der lippischen Ziegeleibesitzer. Wenn es aber damit trotzdem manchmal nicht ganz klappert, so liegt das nur an der Weltabgeschiedenheit der Redaktionsstelle und der geringen Verbindungsmöglichkeit mit der übrigen Welt. Bei der Berichterstattung über unsern Verbandsstag scheint es nun auch nicht ganz geklappt zu haben. Denn in der Nr. 34 des genannten Ziegeleibesitzers vom 24. August wird erzählt, daß unser Verbandsstag am letzten Sonntag (das wäre also der 18. August) in Hamburg getagt habe und daß sich unter unsern 200 000 Mitgliedern auch 8000 Ziegler befänden. Nun wollen wir den Irrtum des ersten Satzes noch hingehen lassen, denn die Redaktion kann natürlich nicht wissen, daß unser Verbandsstag vom 4. bis 11. August in Dresden stattfand, besonders dann nicht, wenn es ihr an einem richtiggehenden Kalender mangelt. Aber daß sie unsern Verbandsstag gültig 6000 Ziegler zubilligt, können wir, so bescheiden wir auch sind, nicht widerspruchslos gelten lassen. Waren doch von den 12 677 Ziegeleiarbeitern, für die unsere Organisation in den Jahren 1910/11 in 304 Ziegeleien Lohnbewegungen mit Erfolg führte, 8599 Mitglieder unser Verbands. Schon daraus ergibt sich, daß die berechnete Redaktion des Ziegeleibesitzersblätters von ihrem sonst gut entwickelten Schätzungsvermögen arg im Stich gelassen wurde. Sie hätte die 6000 schon einigemal multiplizieren müssen, um ein annähernd richtiges Resultat zu erhalten. Interessant wäre es deshalb, zu erfahren, wie die Redaktion zu ihren Ziffern kommt, ob sie sich diese aus den Fingern gezogen oder an den Westentaschen abgezählt hat.

Die Ziegeleibesitzer-Redaktion kann aber auch anders. In derselben Nummer berichtet sie auch über die Generalversammlung des Zentrumsverbandes der Keram- und Steinarbeiter. Dabei ist ihr nun das Maßwerk passiert, die Mitgliederziffer des fraglichen Verbandes ganz ungeheuer anschwellen zu lassen, indem sie anführt, daß das „christliche“ Verbandsorgan heute 72 000 Mitglieder zähle. Diese Ziffer erwarten selbst die „Christen“ in diesem Jahrhundert noch nicht, denn am Schlusse des Jahres 1911 zählten sie 6841 Mitglieder.

Hält man die beiden Berichte einander gegenüber, so muß man beinahe dem Schlusse zugeben, daß in dieser konfusem Berichterstattung Methode liegt, die darauf hinausläuft, das Unangenehme zur Bedeutungslosigkeit herabzusetzen, das Zufällige aber irrtümlich über die Maßen zu erheben, um so die Deffinitivität irrezuführen.

Rundschau.

Folgen der Teuerung.

Die enorme Steigerung der Fleischpreise hat den Konsum von Pferdefleisch mächtig in die Höhe getrieben. So muß selbst die „Nordb. Wg. Btg.“ geben: „Der Verbrauch von Pferdefleisch in Berlin hat seit Jahr um Tag infolge der Fleischteuerung ständig zugenommen. Die Berliner „Wg.“ richtet nämlich sich der Zentralfleischschlächterei bedienen. Hier wurden nach einer Zusammenstellung des Statistischen Amtes der Stadt Berlin in den ersten sechs Monaten dieses Jahres insgesamt 5924 Pferde geschlachtet und für den Verkauf freigegeben. Davon entfielen auf den Monat Januar 1120, Februar 955, März 1113, April 984, Mai 951, Juni 801. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres betrug die Schlachtungen 4461 Stück. In diesem Jahre wurden also 1463 Pferde mehr geschlachtet. Der Monat Juli hat wiederum eine Steigerung erfahren und der laufende Monat dürfte infolge der eminenten Fleischpreiserhöhung einen Konsumanstieg von 1000 Stück Pferden bringen. Im Laufe der letzten Monate sind in den vorherrschenden von Arbeitern bewohnten Stadtevierteln 20 bis 30 neue Fleischschlächtereien, d. h. Wäden, in denen Köpffleisch und Kopffleischwaren verkauft werden, eröffnet worden.“ Gleichzeitig werden, wie der Obermeister der Fleischhändler berichtet, zahlreiche Fleischläden wegen Mangel an Rind- und Schweinefleisch geschlossen. Das sind die Folgen unferer Wirtschaftspolitik, die auf den agrarischen Feldbeutel, aber nicht auf den proletarischen Magen zugechnitten ist.

Ein Glendebild aus dem Osten.

Zu einer Gerichtsverhandlung vor der Strafkammer in Gnesen erschienen als Angeklagte der Arbeiter Domzal, seine Frau und seine noch minderjährige Tochter sowie eine Frau Szymanski aus Schollen im Kreis Gnesen. Die Angeklagten sind beschuldigt, innerhalb der letzten fünfzehn Monate bei dem Abbeder Czerninski in Schollen regelmäßig jede Woche Herbe-, Gel- und Hundefleisch entwendet zu haben. Wohlgerne gingen die Jungfrauen nicht etwa bei einem Fleischer stehen, sondern begnügten sich mit dem Fleisch des Abbeders. Die Frau Domzal räumte anzuwenden ein, jede Woche dreimal sich das Fleisch aus der Abbederei gestohlen zu haben. Und das Gericht? Es sah nicht die fürchterliche Anklage gegen die heutige Gesellschaftsordnung, die in dem Diebstahl des Abbederfleisches bestand, jenes Fleisches, das aus Gesundheitsgründen verbotener oder verurteilt werden sollte, und das die Vermissten sich hüten, um nicht zu hungern. Das Gericht sah allein das Vergehen gegen die Eigentumsordnung und verurteilte die Angeklagten zu langen Gefängnisstrafen. Der Arbeiter Domzal erhielt ein Jahr drei Monate, eine Frau ein Jahr sechs Monate und die Frau Szymanski zwei Wochen Gefängnis. Das Mädchen wurde freigesprochen. Die Unglücklichen erlitten nunmehr Gefängnisstrafen als Opfer unferer Wirtschaftspolitik. Schwerlich dürfte nach Verbüßung der Strafen für die Betroffenen etwas geändert sein. Eine bessere und gerechtere Verteilung der irdischen Güter wird nicht durch Verhängung von Freiheitsstrafen erreicht, sondern einzig durch Kampf der Beschloßen als geschlossene Masse gegen das kapitalistische System.